

DEUTSCHE POLIZEI

März 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Hass als Jugendkultur?



Verfassungsschutz stärken:

**GdP stellt Positionen in der
Bundespressekonferenz vor**

Jetzt neu: **VDP eBook**



Folgende Titel sind derzeit als E-Book zum Preis von 12,99 € verfügbar:

- Band 1: Grundlagen der Kriminalistik/ Kriminologie
- Band 4: Identifizierung von Personen
- Band 5: Beschuldigtenvernehmung
- Band 6: Grundlagen der Rechtsmedizin
- Band 7: Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht
- Band 8: Tatortarbeit
- Band 11: Polizeiforschung
- Band 12: Jugendsachen
- Band 13: Kriminalistische Fallanalyse
- Band 14: Der kriminalistische Beweis
- Band 15: Todesermittlungen
- Band 16: Kriminaltechnik I
- Band 17: Kriminaltechnik II
- Band 18: Delikte gegen Kinder

Ab sofort können Sie unsere Bücher auf ihrem E-Book-Reader, Tablet-PC oder auch Smartphone lesen!

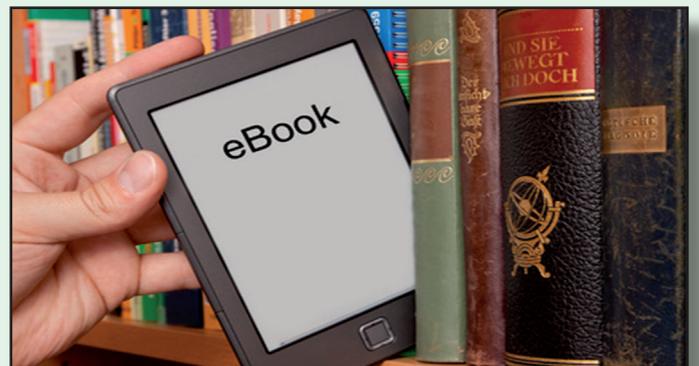
Wir starten mit Titeln aus unserer Reihe der Lehr- und Studienbriefe und planen, diesen Bereich fortlaufend zu erweitern. Sie erhalten die Bücher im EPub- bzw. Mobipocket-Format auf allen gängigen Plattformen. Damit können Sie die Bücher bequem kaufen und auf dem iPad, Kindle, Sony-Reader und anderen Geräten problemlos lesen!

Sie finden die E-Books auf allen bekannten und gängigen Plattformen wie beispielsweise:

- iBook Store
- www.amazon.de
- www.bol.de
- www.buch.de
- www.buecher.de
- www.ciando.com
- www.hugendubel.de
- www.libreka.de
- www.ebook.de
- www.osiander.de
- www.thalia.de
- www.weltbild.de
- www.txtr.com

Weitere Titel in Planung!

Aktuelle Informationen finden Sie in unserem Book-Shop unter www.vdpolizei.de.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

GLEICHSTELLUNG



Die Bundesregierung hat im Familienministerium das Referat „Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer“ eingerichtet ...
Seite 21

TARIFRUNDE 2013



Nach einem ersten Zusammentreffen in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin gingen Ende Januar die Tarifparteien der Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ohne ein Angebot der Arbeitgeber auseinander.
Seite 26

SOZIALES



Der arbeitende Mensch hat einen Anspruch auf eine ausgewogene Balance von Erwerbs- und Privatleben. In allen Lebensphasen sollten die unterschiedlichen Bedürfnisse einen angemessenen Raum finden ...
Seite 27

KOMMENTAR Rädelsführern auf der Spur	2
FORUM	2/3/35-37
TITEL/KRIMINALITÄT Hass als Jugendkultur?	4
RECHTSEXTREMISMUS Positionspapier der GdP: Verfassungsschutz stärken	15
A.C.A.B. in AWD-Arena verboten	20
GLEICHSTELLUNG Männer und Frauen im Dialog	21
SOZIALES Eine Schule für alle	22
Interview: „Sonst klauen die den anderen die Jacken“	23
VERKEHRSGERICHTSTAG 2013 Keine Toleranz gegenüber Aggressionen	24
GERMAN POLICE PROJECT TEAM Weihnachtsfeier in Kabul	25
TARIFRUNDE 2013 Arbeitgeber lassen Angebot vermissen	26
SOZIALES Mehr Arbeit – weniger Leben?	27
GDP VOR ORT 3.400 Einsatzkräfte schützen Münchner Sicherheitskonferenz	31
AUSLANDSKONTAKTE Polizei-Delegation aus Kenia besucht GdP	33
BIKERTREFFEN Einladung zu fünfjährigem Gründungstreffen der Blue Knights Germany XXXII „Alb – Donau – Bodensee“	33
AKTUELL Mitgliederzuwachs bei der GdP	37
JUNGE GRUPPE (GdP)	38
GESCHICHTE Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus	40
TERMINE/IMPRESSUM	40



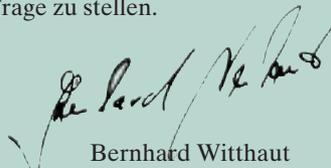
Rädelsführern auf der Spur

Mit großer, aber wenig überraschender Empörung hat eine bestimmte Szene unter den Fußballfans auf die Tatsache reagiert, dass die Polizei in einigen Bundesländern die Kontakte von V-Leuten nutzt. In Bereichen, „...in denen durch klassische offene Maßnahmen die Polizei nicht die notwendigen Informationen erlangt, die für die Einsatzplanung aber wichtig sind,

um die Aufgabe, Gefahren abzuwehren, leisten zu können“, wie Nordrhein-Westfalens Innenminister Jäger sein Vorgehen begründet. Dass die Empörung über diese Maßnahme der Polizei unter „den Fußballfans“ sich allerdings in Grenzen hält, offenbart eine Umfrage des Sport-Informationen-Dienstes (SID) Nürnberger

Marktforschungsinstitut puls. Laut SID hielten 73 Prozent der Befragten den Einsatz von V-Leuten für angemessen, nur 16 Prozent sprachen sich dagegen aus. Ebenfalls gegenüber SID, der als Sportnachrichtendienst Nr. 1 gilt und Medien sowie Verbände, Aktive und Unternehmen rund um die Uhr mit aktuellen Sportinformationen beliefert, verteidigte der Fanforscher und Sportsoziologe Gunter A. Pilz die Informationsgewinnung der Polizei durch V-Leute in bestimmten Fußballspielen: „Ich tue mich schwer, dies als Frontalangriff auf die Fans zu sehen. Das kann auch ein Stück Schutz für die Fans sein, wenn extreme Elemente beobachtet werden. Das muss man differenziert sehen.“ Wenn die Gesellschaft den Einsatz von V-Leuten generell toleriere, sagte Pilz, „wieso sollte das Stadion dann tabu sein? Wenn damit kein Generalverdacht verbunden ist, halte ich das für legitim.“

Natürlich steht es jedem Bundesland frei, die polizeilichen Mittel zur Bekämpfung der Gewalt im Fußball lageangemessen zu wählen. Das Instrumentarium Leben und Gesundheit von Millionen begeisterter Stadionbesucher zu schützen und friedliche Fußballbegegnungen zu gewährleisten ist umfangreich. Immer mehr und immer personalintensivere Polizeieinsätze können nicht die Lösung sein, insbesondere dann nicht, wenn allenthalben bekannt ist, dass in vielen Fällen eine kleine, aber zunehmend konspirativ agierende gewalttätige Fußball-Szene die Auseinandersetzungen provoziert und choreographiert, zum Leidwesen derer, die spannende, aber tumult- und gewaltfreie Fußballereignisse erleben wollen. Bei den nahezu an jedem Fußball-Wochenende vorkommenden Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Fangruppen, das können beispielsweise verabredete Schlägereien, organisierte Randalen in Innenstädten, das Abbrennen von Bengalos auf engstem Raum in den Stadien oder brutale Übergriffe in Zügen und auf Bahnhöfen sein, handelt es sich um Straftaten, die von wenigen Rädelsführern angezettelt werden. Dabei werden, wie die festgestellten Zahlen nachweisen, immer mehr Menschen verletzt oder geraten zumindest in ernste Gefahrensituationen. Wer der Polizei unterstellt, den Fußball zu unterwandern, die Fußball-Fans zu kriminalisieren und unter Generalverdacht zu stellen, sie gar mit Terroristen gleichzusetzen, wie das in den vergangenen Monaten der Fall war, ignoriert bewusst die Tatsache, dass allein im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei für die Saison 2011/2012 sich die Zahl der Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent, die der Gewaltdelikte um elf Prozent erhöht haben. Es ist an der Zeit, die Deutungshoheit, die sich wenige organisierte Gruppen über Millionen Fußballfans anmaßen, in Frage zu stellen.


Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird, DP 1/13

Mit großem Interesse und auch mit Verwunderung las ich den Bericht in der Zeitung. Leider sieht es in der Praxis etwas anders aus.

Zu meiner Person: seit 31 Jahren Mitglied GdP, seit 22 Jahren Angestellter bei der Polizei Berlin, PAngGD, 50 Prozent GdB, BAT Vc/E8-5, zum Anfang war etwas Willkür und Mobbing seitens der Führung, dann kam der Burn-out und ich ging hilfesuchend zum sozialpädagogischen Dienst und zum Personalrat. Es folgte wieder eine Dienststellenversetzung trotz sozialer Härte.

Danach der erste Herzinfarkt und ich nahm fünf Wochen später sofort uneingeschränkt meinen Dienst wieder auf.

Es folgte der zweite Herzinfarkt, wiederum nahm ich nach fünf Wochen meinen Dienst auf, diesmal eingeschränkt und wieder wurde ich versetzt. Daraus entstanden dann psychosomatische Probleme, die mich erkrankten ließen. (20 Jahre war ich so gut wie nie krank, bin mit sehr gut bis gut beurteilt, und habe mein Leben zur Rettung von Häftlingen bei einem Brand eingesetzt).

Jetzt prüft ZSE (Zentrale Service Einheit) aus gesundheitlichen Gründen die außerordentliche Kündigung, da sich ja mein Gesundheitszustand eh nicht mehr verbessere und es im Land Berlin keine Beschäftigung mehr gebe. Natürlich wurde ich wieder versetzt und sauge jetzt Dienstfahrzeuge sauber und mische Frostschutzmittel zusammen – mit der Hintergrundinformation, dass im Januar erneut die Kündigung geprüft werden sollte. Was soll man jetzt von dem Artikel halten, bzw. wie verhält man sich und wer unterstützt einen als Betroffener?

Frank Ruland, per E-Mail



Glückwunsch zu dem Bericht Arbeitsschutz, der bisher in den Köpfen der Vorgesetzten und Verantwortlichen keine Rolle gespielt hat. Dem Inhalt des Berichts kann ich uneingeschränkt zustimmen. Insbesondere, dass Vorgesetzte – und dies fängt beim Dienstgruppenleiter an – abducken und abnicken. Der heutige Vorgesetzte hat das Bestreben nicht aufzufallen und seinen Bereich möglichst positiv darzustellen. Dabei kommt das Thema Arbeitsschutz sehr ungelegen, zumal er dabei auch in Richtung seiner Vorgesetzten eine unpopuläre Meinung äußern und auch vertreten muss. Ich



glaube jedem, der wie ich, seit mehr als 30 Jahren im Wechselschichtdienst tätig ist, ist mittlerweile klar, dass es in allererster Linie am fehlenden Personal liegt, dass eine geregelte Freizeit nicht mehr gewährleistet ist. Es ist nicht mehr möglich, Planungen in der Freizeit zu tätigen, da jederzeit mit einem Zusatzdienst oder einem Einsatz zu rechnen ist. Ich kenne viele ältere Kollegen, die den inneren Abschied bereits vollzogen haben und nicht mehr bereit sind, uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen und damit auch eine soziale Ausgrenzung in Kauf zu nehmen. Eine Dienstplanung muss Verlässlichkeit vermitteln, was nicht heißt, dass auch einmal ein Zusatzdienst ungeplant zu leisten ist. Die Worte von PD Flohr „Vertrauen, Ehrlichkeit, Ansprechbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung“ sollten zukunftsweisend und keine hohle Phrase sein. Dieses Klima hatten wir vor ca. 25 - 30 Jahren einmal. Danach hat es, auch durch den zunehmenden Einfluss der Politik auf die Arbeit der Polizei, immer mehr abgenommen, sodass wir heute in einem Klima Dienst verrichten, dass weder mir, noch den Kollegen, den Eindruck vermittelt wird, der Dienstherr kennt und schätzt die Arbeit der Kollegen im Schichtdienst. Wie PD Flohr anmerkt: „Das kostet doch nichts“! Es gäbe noch viele Punkte, die ich hier anführen könnte, was allerdings den Rahmen sprengen würde. Ich denke, wir sollten die Gedanken des Forums aufnehmen und umsetzen und nicht nur Absichtserklärungen formulieren.

**Harald Bernhardt,
Polizeistation Usingen**



Ich habe den Artikel gelesen und erkenne mich bzw. meine Person in vielen Abschnitten wieder: Wegen der immer wiederkehrenden Folgen eines Dienstunfalls von 1991 (Frontalzusammenstoß mit einem Geisterfahrer) bin ich Ende Mai 2011 dienstunfähig krank geschrieben worden.

Zwischenzeitig erfolgten eine Reha-Maßnahme und ein Hamburger Modell. Im Hamburger Modell musste ich meine Arbeitsrate der letzten fünf Jahre erledigen, dies jedoch innerhalb der vier bzw. sechs Stunden des Hamburger Modells – vor meiner Krankheit hatte ich dazu acht Stunden Zeit gehabt!

Also Stress, Arbeitsdruck, Flüchtigkeitsfehler, Unzufriedenheit: Alles, was zu solch

einem Arbeitsdruck gehört, war aber dem Dienststellenleiter, der den Arbeitsumfang dieser Arbeitsrate gut kennt, egal. Ab November 2012 sollte dann noch zusätzlich Anzeigenaufnahme hinzukommen – bei immer noch sechs Stunden Hamburger Modell.

Da es in meiner Behörde auch kein BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) gibt, ich bin nun seit eineinhalb Jahren als krank geführt, gibt es auch keinen Ansprechpartner für solche Problematiken!

Es kam von verschiedenen Stellen, auch vom Dienststellenleiter, jedoch der „Hinweis“, das verwendungseingeschränkte Kollegen zukünftig PDU (ich bin 54 Jahre alt) werden und die nunmehr frei werdenden Stellen durch jüngere Kollegen besetzt werden können – durch Stellenzuweisung der Behörde. Es wird also offensichtlich darauf hin gearbeitet, das Personal zu „verjüngen“, und dies bereits im Vorgriff auf eine kommende Regelung. Wobei ich nicht davon ausgehe, dass andere Behörden nicht auch solche „Zukunftspläne“ anwenden. Es kam, wie es kommen musste: Es erfolgte nach nunmehr eineinhalb Jahren Krankheit bei mir der psychische Zusammenbruch! Ich bin auf unbestimmte Zeit dienstunfähig krank und in psychotherapeutischer Behandlung – dies ist dann die Verbindung zu Ihrem Artikel. Ich bin sicherlich kein Einzelfall, auch in anderen Behörden wird sicherlich so verfahren.

M. Weber, Wermelskirchen



Ich möchte dieses Schreiben anonym behandelt wissen, meinen Namen und die Behörde gebe ich der Redaktion bekannt.

Zunächst möchte ich mich bedanken, dass Sie das Thema Burn-out noch einmal aufgegriffen haben. Ich bin mittlerweile 58 Jahre alt und in 2011 am Burn-out-Syndrom erkrankt. Nach dreimonatiger Krankheit habe ich auf eigenen Wunsch mit einer Wiedereingliederung begonnen. Der von meinem behandelnden Arzt vorgeschlagene Arbeitsplatz wurde mir nicht zugestanden, stattdessen fand ich mich auf meinem „alten“ Arbeitsplatz wieder. Die Wiedereingliederung scheiterte u.a. an Phobien. Es folgte eine weitere Krankheitsphase von einem Jahr mit zahlreichen ärztlichen Behandlungen, Medikamenten und einem Aufenthalt in einer Tagesklinik. Eine Schwerbehinderung von 50 Prozent wurde mir zuerkannt. Innerhalb dieses Krank-

heitsjahres bekam ich mehrere Schreiben der Behörde als Postzustellungsurkunde, wo mir dann auch die PDU angedroht wurde, wenn ich nicht wieder zum Dienst erscheinen würde. Anrufe erfolgten auch.

Eine Unterstützung, sei es durch den Personalrat, bekam ich nicht. Selbst der Schwerbehindertenvertreter weigerte sich, für mich tätig zu werden. Hilfe bekam ich lediglich von der sozialen Ansprechpartnerin der Behörde sowie einer externen Fachfrau der Caritas.

Nach einem Jahr trat ich 2012 eine erneute Wiedereingliederung an, jedoch nicht an den vom Arzt, Therapeuten oder Polizeiarzt vorgeschlagenen Arbeitsplätzen, sondern auf einem, der von der Behörde kam. Auch hier werde ich nun psychisch unter Druck gesetzt, Einzelheiten will ich ersparen. Zitat eines beurteilenden Vorgesetzten: „fühlt sich mit einfachsten polizeilichen Aufgaben überfordert“! Diese Umgehensweise einer Behörde möchte ich mit diesem Leserbrief schildern, damit man einmal sieht, wie mit psychisch Erkrankten umgegangen wird. Ich denke nicht, dass ich meine Pension auf normalem Weg erreichen, sondern vorher zwangsweise zur Ruhe gesetzt werde, so, wie es mir angedroht wurde.

Name ist der Redaktion bekannt



Mit großem Interesse verfolgte ich Ihre Artikel zum Thema Burn-out. „Ich bin seit mittlerweile über 31 Jahren im Polizeidienst, für den ich einmal aus Überzeugung „meine Hand gehoben“ habe. Nein, ich

Fortsetzung auf Seite 35

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Hass als Jugendkultur?

Entwicklungen zur hassmotivierten Gewalt junger Menschen

Eine Analyse anhand ausgewählter Beispiele

Von Dorothee Dienstbühl

Medien berichten seit Jahren über eine alarmierende Steigerung der Gewaltbereitschaft Jugendlicher. Die verzeichneten Auseinandersetzungen wirken dabei erschreckend sinnlos, exzessiv und von Hass geprägt. Vor allem das Phänomen Hassgewalt wird in Deutschland regelmäßig vor einem rechtsextremen Hintergrund diskutiert. Doch führt die Reduzierung auf ein ausländerfeindliches Motiv zu voreiligen Schlüssen und verkennt die Tatsache, dass sich tiefgreifender Hass auf nahezu alles gründen kann, solange es der eigenen Wut und Ohnmacht eine Projektionsfläche bietet. Derweil bekommen Ausdrücke wie „einen Hass haben“ den Stellenwert des Alltäglichen in der jugendlichen Umgangssprache. Was bei vielen Jugendlichen ein bloßer Spruch bleibt, schlägt bei anderen in Gewalt gegen Menschen, Tiere und Sachen um. Doch welche Entwicklung nehmen Menschen, die sich in sehr jungen Jahren zu einem Gewalttäter entwickeln? Eine Analyse ausgewählter Biografien kann hierfür einen Anhaltspunkt bieten.

Jessica: Dank rechtsextremer Freunde nicht ganz unten

Jessica ist 17 Jahre alt. Ihren Vater kennt sie nicht, er ist an Leberzirrhose verstorben, ihre Mutter Anfang 50, alkoholkrank. Sie bezieht seit vielen Jahren als Erwerbsunfähige eine Leistung der Sozialhilfe (Grundsicherung). Das Jugendamt ist seit der Geburt Jessicas in die Familie involviert, viermal kam das Mädchen bei akuten Krankenhausaufenthalten ihrer Mutter in Pflegefamilien. Sie hat die Förderschule besucht, aufgrund von Schulverweigerung keinen Abschluss und musste wegen Diebstahls und Schwarzfahrens bereits mehrmals in den Jugendarrest. Sie hat einen IQ von 70.

Mit 16 wurde Jessica schwanger. Von wem, wusste sie nicht, sie ging aber zunächst von einem jungen Mann aus, der schon im Jugendgefängnis saß, später zog sie die Vaterschaft wieder in Zweifel. Das Verhältnis mit ihm ist von Gewalt geprägt, währt mehrmals, aber immer nur kurz. Noch hochschwanger hat Jessica wechselnde Partner, Deutsche, oftmals Spätaussiedler, mit eindeutig rechtsextremistischer Haltung. Die Männer sind alkohol- und teilweise auch drogenabhängig, vorbestraft, „und alle beziehen sogenannte Transferleistungen.“

Die Jugendliche geht in ein Mutter-

Kind-Heim, verlässt dieses jedoch nur vier Tage nach der Geburt ihrer gesunden Tochter und erklärt, das Kind nicht haben zu wollen. Fortan verpasst sie die Umgangstermine in der Pflegefamilie, die sie monatlich gewährt bekommt. Trotzdem blockiert sie die Adoption, weil es ihr Kind sei und sie nicht wolle, dass es jemand anderem gehöre. Ihre Mutter und sie schlagen sich, dann schläft sie bei Freunden. Manchmal ruft eine der Frauen die Polizei.

Mittlerweile tritt Jessica immer häufiger wegen Gewalthandlungen mit ausländerfeindlichem Hintergrund in Erscheinung, die durch eine mehr oder weniger konstante Gruppe verübt werden. Zunächst ist sie Zeugin, wird jedoch vom Gericht ermahnt. Sie selbst zeigt sich teilnahmslos, dabei ist die Gewalt abscheulich. So wurde ein Heranwachsender mit einer Eisenstange ins Koma geschlagen, seine Beine zertrümmert. Sie war bei der Tat dabei, äußerte sich vor Gericht jedoch nicht. Immer häufiger fällt sie durch rechtsextreme Parolen auf, trinkt und ritzt sich ein Hakenkreuz in den Unterarm. Parallel isst sie immer weniger, um attraktiv für Männer zu sein. Sie ergänzt vor dem Jugendamt: „Aber ich will keinen Scheiß-Kanaken“. Dabei wird sie aggressiv und tritt gegen eine Wand.

Immer mehr entzieht sich die junge



Frau allen Maßnahmen und auch ihren noch abzuleistenden Arbeitsstunden. Man sieht sie mit ihren Kumpels häufig an öffentlichen Plätzen sitzen. Ihre Partner wechseln weiterhin, jemand wirklich Neues ist jedoch nicht dabei.



Jessica ist an sich ganz unten. Ihre gesamten Verhältnisse sowohl familiär als auch im sonstigen sozialen Umfeld, können als asozial bezeichnet werden. Ihr Lebensweg scheint absehbar: die Spirale aus wechselnden Partnerschaften, Alkohol und Gewalt wird sich weiter drehen. Jessica muss aufgrund ihres IQ von 70 als minderbemittelt eingestuft werden, was sie nicht zu einer hilflosen Person macht. Sie hat den Mitarbeitern vom Jobcenter, dem Jugendamt, ihrem Jugendgerichtshelfer und auch der Polizei schon häufig

Die Gewalt Jessicas ist schon seit der Schule auffällig, war in erster Linie jedoch gegen ihre Mutter gerichtet. Dies zeigt bereits eine sehr niedrige Hemmschwelle ihres Gewaltverhaltens auf. Aufgrund der „Szene“, in der sie sich bewegt, bekommt ihre Aggressivität mit dem Feindbild des Ausländers einen Adressaten. Jessica ist weder politisch interessiert, noch kennt sie die groben Grundlagen der deutschen Geschichte oder des gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik. Dies würde sie in der gesamten Komplexität auch

schwerlich begreifen können. Die rechte Szene bietet sich daher für Jessica an. Sie bekommt einen Grund für ihren Hass präsentiert, kann noch jemand anderem die Schuld geben als nur ihrer Mutter, zu der sie immer wieder zurückgeht und sie muss sich aufgrund ihrer sehr häufig wechselnden (und von ihr immer als „feste“ angegebenen) Partnerschaften nicht billig vorkommen. Sie verkehrt nur mit „guten Deutschen“.

Die Konflikte, die es innerhalb der Gruppe mit Sicherheit gibt, können für Außenstehende kaum abgesehen werden. Auch hier ist zu vermuten, dass sie nicht nur gewalttätig agiert, sondern ihr auch in der Gruppe Gewalt widerfährt. Dies vor allem deswegen, weil sie ständig versucht, Unruhe „von außen“ zu schüren.

Der Polizei ist sie längst nicht nur wegen ihrer Straftaten und ihrem gefährlichen Mitläufertum bekannt, sondern auch, weil sie in unregelmäßigen Abständen auf die Polizeiwache kommt, unwirklich klingende Geschichten von Ausländern, die sich an ihr vergehen wollten oder irgendwelchen Mädchen, die sie mit Waffen bedroht hätten, von sich gibt und auch Anzeige erstattet. Dabei widerspricht sie sich und wenn sie zu einem zweiten Termin erscheinen soll, kommt sie nicht. Die Polizei schätzt den Wahrheitsgehalt mittlerweile als sehr gering ein, hat jedoch auch die Sorge, dass sie so gegebenenfalls auch dann nicht ernst genommen wird, wenn wirklich etwas passiert.

Jessicas Handeln macht zwei Dinge ganz offensichtlich: Erstens benötigt sie ständig Aufmerksamkeit. In sämtlichen Einrichtungen, in denen sie bislang war, hat sie es stets nur wenige Stunden ausgehalten. Wenn sie vom Jugendamt die Inobhutnahme wünscht, abgeholt und einzeln betreut wird, scheint zunächst alles in Ordnung. Sie zeigt sich zwar fordernd aber gesprächsbereit. Sobald sie aber im Essenssaal eine unter vielen sein soll, verhält sie sich erneut auffällig, verweigert die Nahrungsaufnahme, zeigt den Arm, in den sie sich geritzt hat. Als sie die Regeln präsentiert bekommt, an die sich alle im Hause halten müssen, verschwindet sie. Dass sie mit einem ganzen Tross – ihre Mutter, ihre Betreuerin vom Jugendamt und einer weiteren Ansprechpartnerin – zu ihrer Vorsorgeuntersuchung während der Schwangerschaft beim Frauenarzt geht, ist für sie normal. Im Mutter-Kind-Heim angekommen, beanspruchen sowohl Jessica als auch ihre Mutter innerhalb weniger Minuten das gesamte Personal mit Forderungen, Fragen und Vorwürfen. Bei der Polizei spricht sie



demonstriert, dass sie berechnend agieren kann, wenn sie etwas möchte. Ihre Mutter und sie halten immer dann zusammen, wenn es um Geld und „gegen“ Behörden geht, ansonsten befinden sie sich nahezu im andauernden Konflikt.

Ungetrübter Blick nötig: Jugendgewalt in Deutschland hat viele Facetten.

Foto: Andreas Heddergott/dpa

**Hinweis der Redaktion: Sämtliche auf den folgenden Seiten des Artikels abgebildeten Personen sind mit den im Text beschriebenen Jugendlichen nicht identisch.*





Suche nach Aufmerksamkeit: Die rechtsextreme Szene ist Jessicas Komfortzone.
Foto: Fredrik von Erichsen/dpa

auf der gesamten Wache vor und erzählt unglaubliche Dinge. Versuchen die Beamten, zu relativieren oder bieten ihr das Gespräch mit einer Polizistin alleine an, verliert sie das Interesse.

Jessica braucht Aufmerksamkeit in krankhafter Art und Weise. In ihrer Schwangerschaft fällt dem Jugendamt und auch dem Frauenarzt schnell auf, dass sie keinerlei Bindung zu ihrem Baby hat. Sie spricht von sich als Mutti, wie viel mehr Geld sie vom Jobcenter bekommt und welche Rechte sie hat. Verbote zum Wohle des Kindes kümmern sie wenig, sie raucht und trinkt weiter. In ihrer Kindheit ging es nicht anders zu: Jessicas Mutter verhielt sich genauso. Das Jugendamt sieht heute ein, dass sie als Kind dringend der Mutter hätte weggenommen werden müssen. In Gesprächen mit den Frauen sprechen beide nur von sich. Nur, wenn beide dieselben Interessen verfolgen, sind sie sich einig. Aufmerksamkeit schenken

sie sich gegenseitig nicht. Dieses Verhältnis bietet zumindest den Ansatz einer Erklärung für Jessicas pathologisches Buhlen um Aufmerksamkeit.

In der rechtsextremistischen Szene ist es leicht, Aufmerksamkeit zu bekommen. Sie wird gelobt, wenn sie einen Ausländer anpöbelt oder ihn grundlos tritt. Sie initiiert dann das Geschehen und mehrere Männer, deren Aufmerksamkeit für sie das Wichtigste ist, stehen hinter ihr, um sie zu „verteidigen“. Dies führt zum zweiten Aspekt, der es Jessica in der rechten Szene einfach macht. Dank des Feindbildes muss sie selbst nicht erkennen, wie tief unten sie eigentlich ist.

Kein Ausländer kann etwas dafür, dass sie aus einer kaputten Familie kommt, schlichtweg dumm ist und die Schule geschwänzt hat. Aus Jessicas Perspektive funktioniert diese Zuweisung der Schuld jedoch. Sie macht für ihr Versagen andere verantwortlich, so absurd das auch ist. Die rechtsextreme Szene ist ihre Komfortzone. Auf Hass basierte Gewalt ist für Jessica zu einem Fundament ihres Daseins geworden und auch das Einzige, dass ihr ein gewisses Maß an Sicherheit und Stabilität garantiert.

Volkan sieht sich als etwas Besseres

Volkan ist wie Jessica ebenfalls 17 Jahre alt und lebt bei seiner Mutter. Seine Vorgeschichte ist jedoch eine ganz andere. Vater und Mutter kommen aus der Türkei. Sie wurden nach dem Tod der ersten Ehefrau des Vaters miteinander verheiratet, obwohl er über 30 Jahre älter als Volkans Mutter ist. In Deutschland wird der Junge geboren. Als er neun Jahre alt ist, trennt sich seine Mutter von ihrem Mann und sagt sich damit auch von einem Großteil ihrer Familie los. Volkan zieht mit seiner Mutter zunächst in ein Frauenhaus und anschließend in eine andere Stadt. Die Mutter wählt eine mehr westliche Lebensweise, in ihrem Freundeskreis sind die Menschen sowohl Deutsche als auch Türken. Ihr Sohn ist das Wichtigste für sie. Aus dem schlechten Gewissen heraus, ihm seinen Vater genommen zu haben, verwöhnt sie, ihn so gut sie kann. Sie lässt ihm den Kontakt zu seinem Vater, nimmt eine Arbeit auf und macht zuhause den kompletten Haushalt alleine. Alle Schwierigkeiten, die sie hat, versucht sie von ihrem Sohn fern zu halten. Einige Jahre später lernt sie einen deutschen Mann kennen und geht mit ihm eine Beziehung ein.

Das Verhältnis zwischen Volkan und ihm ist zu Beginn in Ordnung. Weil sich das gesamte Umfeld der Mutter verlagert und sie eine neue Arbeit gefunden hat,

ziehen alle drei in eine 30 Kilometer entfernte Stadt. Der Sohn wechselt die Hauptschule, freundet sich rasch mit anderen türkischen Jugendlichen an. Parallel verschlechtern sich seine Noten. Seine Haltung verändert sich. So lädt er seine neuen Freunde nicht nach Hause ein, weil seine Mutter mit „einem Deutschen“ gesehen werden könnte. Er sagt ihr das auch und bittet sie zunächst, nicht mehr mit ihrem Partner gemeinsam durch die Stadt zu laufen. Seine Mutter sucht das Gespräch, gleichzeitig läuft sie aber tatsächlich mit deutlichem Abstand zu ihrem Partner durch die Stadt. In ihrem Verhältnis sorgt dies bereits für Unruhe.

Volkan begeht die ersten Gesetzesbrüche, von einem aggressiven Verhalten kann jedoch nicht gesprochen werden. Um den erweiterten Hauptschulabschluss zu erhalten, absolviert er ein einjähriges Praktikum. Das Zeugnis holt er dort aber nie ab. Seine Mutter bringt später in Erfahrung, dass er oft gefehlt hat und sein Verhalten gegenüber Kollegen und Vorgesetzten alles andere als korrekt war. Sie meldet ihn beim Jobcenter, um für ihn eine Ausbildungsstelle zu finden. Dort fällt er durch arrogantes Verhalten auf, Termine – wenn überhaupt – werden nur mit starker Verzögerung und in Begleitung eines Freundes wahrgenommen. Seine Vorstellung, ein Manager sein zu wollen, ist nur wenig mit einem Hauptschulnotendurchschnitt von 3,7 und einem nicht dokumentierten Praktikum kompatibel. Maßnahmen, ein weiterer Schulbesuch oder ein von der Berufsschule begleitetes Praktikum lehnt er ab, Bewerbungen auf Stellenangebote verschickt er nicht. Mittlerweile kommt und geht er, wann er möchte.

Seine Freunde darf seine Mutter nicht kennenlernen. Deren Namen sind im Telefon mit Decknahmen gespeichert, die sie nicht zuordnen kann. Zuhause verhält er sich seiner Mutter gegenüber immer respektloser. Mit ihrem Lebensgefährten spricht er nicht und redet in seiner Gegenwart nur türkisch. Gleichzeitig steigt seine Aggressionsbereitschaft und es kommt zu Schlägereien mit anderen Jugendlichen, die jedoch keine strafrechtlichen Konsequenzen haben. Er äußert sich immer mehr in einer türkisch-nationalistischen Weise, die seine Mutter ablehnt und erklärt einen Hass gegenüber „diesem Land hier“ zu haben. Sie bittet das Jugendamt um Hilfe. In einem gemeinsamen Gespräch, in dem sich Volkan gewohnt herablassend gegenüber den weiblichen Mitarbeiterinnen benimmt, äußert er sich plötzlich ungewohnt heftig und macht



der Mutter Vorwürfe. Er erklärt, sie sei Schuld an allem und dass er ihren Lebensgefährten hasse. Dass sein Verhalten nicht richtig sei, täte nichts zur Sache, denn Verursacher sei nicht er. Das Jugendamt empfiehlt der Mutter, ihren Sohn zuhause rauszuwerfen.

Volkans Mutter geht diesen Schritt nicht. Aufgrund seiner mangelnden Mitwirkung hat ihr Sohn bereits zweimal die Leistungen des Jobcenters für drei Monate gesperrt bekommen. Volkan geht weiterhin abends weg, kommt in den Morgenstunden nach Hause und schläft bis mittags. Eines Tages erscheint die Polizei, um ihn zu einem Verhör abzuholen. Seine Mutter fährt mit zur Wache

Eindruck ist, dass sich keiner der jungen Männer für die Tat schämt oder sie bedauert. Vielmehr gewinnt sie den Eindruck, dass sie alle, ihr Sohn eingeschlossen, wütend sind, es in ihnen brodelte. Zuhause macht sie ihrem Sohn schwere Vorwürfe und will ihm den Umgang verbieten. Er ermahnt sie unwirsch, sich nicht in seine Angelegenheiten zu mischen und schlägt die Tür zu. Mittlerweile ist Volkan volljährig. Einen Gerichtstermin hat er noch nicht erhalten, obwohl die aufgenommene Anzeige schon fast fünf Monate zurückliegt. Sein Leben hat sich bislang nicht verändert: er wohnt zuhause und trifft sich weiterhin mit seinen Freunden. Seine Mutter hat mehrere Anläufe genommen, die Situation zuhause zu entschärfen und

fällt auf, dass er für sich die Ansicht hat, alles im Griff zu haben. Sobald er tätig werden wolle, würde er anfangen können. Volkan schätzt sich selbst als „Macher“, ausgestattet mit organisatorischem Geschick und Führungsqualitäten, ein. Die Anforderungen der Berufszweige, die er sich ausgesucht hat, übersteigen deutlich das, was er bietet. Seiner Ansicht nach kann er eine solche „Fehleinschätzung“ jedoch ausgleichen, da sein Hauptschulabschluss nicht seinem Intellekt entspreche. Vom Jobcenter erhält er das Angebot, seine Fähigkeiten in einem standardisierten Testverfahren überprüfen zu lassen. Dem stimmt er jedoch nicht zu.

Volkan ist ein Tagträumer. Die Vorstellungen seines Lebensstils in der Zukunft beinhalten nicht die Schritte dorthin, die es notwendigerweise bedarf. Da er sich jedoch zu Höherem berufen fühlt und nicht das bekommt, was ihm seiner Auffassung nach zusteht, braucht er ein Ventil. In seiner kleinen türkischen Gruppe wird er darin bestätigt. Den Schritt, bei seinem Vater oder Verwandten in der Türkei zu leben, geht er inkonsequenter Weise jedoch nicht. Auch Volkan hat es sich mit seinen Schuldzuweisungen und seinem Hass bequem gemacht. Ob sich seine Wut bald an Menschen entlädt, bleibt abzuwarten. Seine Mutter beschreibt das Verhältnis als stetig aggressiver. Auch sie ist in ihrem Verhalten inkonsequent und trägt somit ebenfalls dazu bei, dass Volkan keine unmittelbaren Konsequenzen für sein Fehlverhalten erfährt. Fest steht, dass er von seinen Wunschvorstellung eines gut bezahlten Jobs immer weiter abrückt, denn sein Lebenslauf bietet wenige Referenzen. Die Kürzungen, die er durch das Jobcenter erfährt, wird seine Mutter weiterhin auffangen. Doch dies wird nicht seine Frustration und damit seine Wut bremsen, da er nicht das bekommt, was er sich annaht.



Suche nach Höherem. Volkan hat es sich mit seinen Schuldzuweisungen und seinem Hass bequem gemacht.

Foto: Oliver Berg/dpa

und erfährt den Grund: Volkan wird beschuldigt, gemeinsam mit sechs weiteren Personen nachts massiv Regionalzüge zu beschädigen. Als die Mutter die Fotos der Waggons sieht, ist sie fassungslos. Die Bilder zeigen völlig zerstörte Innenräume. Die Wut und Energie, die in diesen Taten gesteckt hat, ist kaum vorstellbar. Nach ihrem letzten Streifzug wurden sie von einer Videokamera aufgenommen, als sie durch den Bahnhof rennen und bereits ihre Ski-mützen abgenommen hatten. Einige der Jungs waren der Polizei bereits bekannt, sodass die Täter schnell ausfindig gemacht werden konnten.

Volkans Mutter sieht zum ersten Mal die Freunde ihres Sohnes. Sie alle sind volljährig und daher ohne Eltern dort. Ihr

das Verhältnis Volkans mit ihrem Lebensgefährten zu verbessern. Ihre Bemühungen schlugen fehl. Dennoch ist sie noch immer nicht bereit, ihren Sohn vor die Tür zu setzen.

Volkan erfährt in seinem Verhalten und Taten keine für ihn nachteiligen Konsequenzen. Im Gegensatz zu Jessica kann Volkan sich gut ausdrücken, ist durch Versprechungen auf Besserungen schon mehreren Sanktionen durch das Jobcenter entgangen, bevor es zu den Leistungskürzungen kam. Bewerbungen, die er geschrieben, aber nicht abgeschickt hatte, waren gut formuliert und prinzipiell geeignet, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Im Umgang mit Volkan

Sven: Prügel am Spielrand als Lebensinhalt

Während Jessica und Volkan noch minderjährig sind, ist Sven bereits 21 Jahre alt und bekennender Hooligan. Er hatte schon mit 15 Jahren aufgrund schwerer Gewalttaten Arrest und später auch Jugendhaft verbüßt. Sein Vater ist Gelegenheitsarbeiter, seine Mutter arbeitet als Altenpflegehelferin, Raumpflegerin und macht den Haushalt. Sven hat einen älteren Bruder, der gelernter Straßenbauer ist, der nicht mehr zuhause lebt. Auch Sven mit seinem Hauptschulabschluss arbeitet zwischendurch auf Baustellen. Er ist mit 1,75 Meter nicht besonders groß, jedoch sehr kräftig und muskulös,



er wirkt bullig und massiv. Seinen Kopf trägt er kahl rasiert, im Nacken das Symbol seiner Lieblingsmannschaft tätowiert. Er selbst spielt nicht Fußball, sondern betreibt Muskelaufbau in einem kleinen Clubraum. Svens Gewaltmuster ist einfach zu beschreiben und unterteilt sich in organisierter Gewalt verfeindeter Hoo-



Suche nach Bestätigung: Als bekennender Hool lebt Sven seinen „primitiven Jagdinstinkt“ aus.

Foto: Eibner-Pressefoto/Merz/dpa

ligan-Gruppen und spontaner Gewalt, wegen der er bereits verurteilt wurde. Dies verläuft stets ähnlich: gemeinsam mit anderen macht er sich „heiß“, mit gewaltverherrlichender Musik, Bier und Hassparolen. Anschließend ziehen sie in den Vereinsfarben ihrer Mannschaft durch die Stadt zum Spiel. Auf dem Weg grölen sie Hasstiraden gegen Anhänger anderer Mannschaften oder anfeuernde Parolen für ihren Verein. Sven selbst betrachtet die Situation als „geil“. Er und seine Kumpels putschen sich derart auf, dass jemand, der „ihm quer kommt“, wie er es ausdrückt, ohne zu zögern Prügel beziehen würde.

Svens Mutter, die im Gegensatz zu

ihrem Mann nicht gut mit der Situation leben kann und einen verängstigten Eindruck macht, bat um die Hilfe des Jugendamtes, kurz nachdem Sven mit fast 20 Jahren aus dem Jugendknast kam. Weil er schon volljährig war, sagte man ihr, man könne ihr nicht helfen. Sie sollte sich aber nicht scheuen, die Polizei zu alarmieren oder sich dort beraten lassen. Den Weg zur Polizei ging sie nicht. Sven hat bereits zwei Anti-Agressionstrainings hinter sich. Das erste, das er sofort wieder abbrach und deswegen für zwei Wochen in den Jugendarrest kam, hatte vorrangig das Bauen von Holzspielzeug und die Reparatur defekter Spielsachen für Kinder in Heimen und Krankenhäusern zum Inhalt. Als Begründung für seine Entscheidung gab er an, nicht „irgendwelchen Scheiß für Spasden“ machen zu wollen. Das zweite sei in der Haftanstalt gewesen, da hätte er sich in die Rolle von so „Scheiß-Opfern“ denken sollen. Es ist kaum vorstellbar, dass Sven auf irgendjemandem sympathisch wirkt. Er ist laut, kann kaum einen Satz ohne Kraftausdrücke bilden; er wirkt stumpf und bedrohlich. Seine Gegenwart weckt den Wunsch nach Abstand oder aber nach einer Person, die stärker ist als er, um ihm seine Grenzen aufzuzeigen. Wenn andere Hooligans, auch von gegnerischer Seite, seine Ausstrahlung haben, ist es sich leicht vorzustellen, welcher Hass in Auseinandersetzungen aufeinanderprallt. Für das Feindbild gibt es objektiv wenig Grund, außer, dass es sich anbietet und schlichtweg da ist. Die Szene der Hooligans ist aber zu heterogen, als das Sven das Paradebeispiel darstellen könnte, daher soll der Blick auf die Opfer gelenkt werden, die er Abseits vom Spielrand entdeckt.

Sven verfügt über etwas, das man als primitiven Jagdinstinkt bezeichnen könnte. Wenn er sich jemanden aussucht, passiert das innerhalb von Sekunden. Die Tat, die ihn letztendlich neben vorangegangenen Straftaten in das Jugendgefängnis gebracht hatte, verlief folgendermaßen: Auf dem Weg zum Spiel grölte er mit einem Kumpel im Outfit seiner Lieblingsmannschaft. Sie stiegen früher aus, um noch durch die Innenstadt zu laufen. Dort waren aufgrund bevorstehender Wahlen entsprechende Stände von Parteien aufgebaut. Als sie am Stand einer Partei vorbeikamen, schrie Sven einen jungen Mann mit Flyern, an denen kleine Lollies befestigt waren, an, er solle sich „verpissen“ und kam ihm dabei auf nur wenige Zentimeter nahe. Dieser reagierte jedoch ganz ruhig und fragte ihn, ob er einen Lolli wolle. Sven wurde wütend,

sein Kumpel fand es jedoch lustig, nahm zwei Flyer und zog ihn weg. Er dachte jedoch noch an die Situation und je länger er darüber nachdachte, desto mehr kam er zu dem Schluss, dass er diesen Typen „platt machen“ müsse.

Wenn Sven von der Situation erzählt, lässt er keinen Zweifel an der Wut, die er in diesem Augenblick verspürt haben muss. Seine Mannschaft verlor zudem das Spiel und die Laune war im Keller. Er gibt an, gehofft zu haben, dass ihm der Typ nochmal begegne. Auf dem Rückweg zieht er wieder mit anderen durch die Innenstadt. Die Stände waren längst abgebaut und Sven fühlte sich „verarscht“. Er schmiss dann seine Bierflasche gegen das Fenster einer gerade abfahrenden Straßenbahn. Als der Fahrer aussteigt und die Polizei rufen will, geht Sven auf ihn los. Obwohl Kumpels noch versuchen, ihn zurück zuhalten, prügelt er brutal auf den Mann ein. Als dieser schon blutend am Boden liegt, traktierte er seinen Kopf weiter mit Tritten, spuckte auf ihn und brüllte die vulgärsten Beleidigungen. Ein Einsatzwagen der Bereitschaftspolizei ist in der Nähe und wenige Minuten später vor Ort. Beim Zugriff verletzt Sven einen Beamten leicht. Der Fahrer wurde schwer aber zum Glück nicht lebensbedrohlich verletzt. Die Blutentnahme ergab einen Promillewert von 1,8. Sven wurde drei Tage später 18 Jahre alt. Er bekam zwei Jahre Haft ohne Bewährung. Aufgrund guter Führung und weil er sich mit einem ehrenamtlichen Betreuer um eine Ausbildung zum Maler und Lackierer bemühen wollte, kam er vier Wochen früher raus. Diese Bemühungen endeten, nachdem er wieder für wenige Wochen einen Job auf einer Baustelle gefunden hatte.

Über die Tat äußert sich Sven nicht mehr. Er habe sie „abgesessen“ und somit sei es für ihn erledigt. Welche Folgen sein brutaler Angriff für das Opfer hatte, interessiert ihn nicht. Politisch auffällig ist Sven nicht. Er wählt zwar die NPD, wenn er dazu komme beziehungsweise drandene, an sich sei ihm Politik aber egal. Wenn er gefragt wird, worauf sich seine Aggressionen gründen, antwortet er, dass er einfach „manchmal `nen Hass kriegt“. Worauf kann er auch sagen: er hasse einfach die ganzen Opfer, die rumlaufen.

Mit Sven sind in der Haft kaum Tests vorgenommen worden, auch nicht über seinen IQ. Es ist anzunehmen, dass dieser Wert niedrig ausfällt. Der Test zur Einschätzung, ob er als Maler und Lackierer tätig werden könnte, konstatierte die Befähigung zum Helfer. In der Haft machte er eine entsprechende Qualifizierung, um im Anschluss über eine von



der Agentur für Arbeit finanzierte Ausbildung mit entsprechender Betreuung und Förderunterricht zu beginnen. Einfache Arbeiten ausführen, auch wenn sie körperlich anstrengender sind, erledigt er, ohne Nachfragen zu stellen und ohne Pause. Wenn er nachbessern soll, bricht er unter Umständen ab, erledigt dies jedoch am nächsten Tag. An Selbstbewusstsein mangelt es Sven nicht, vielmehr überschätzt er sich permanent. Alleine schon die Arroganz, mit der er darüber befindet, wer ein Opfer ist, das Prügel beziehen muss, ist ohne Maßen. Es ist wahrscheinlich, dass Sven wieder einem Menschen Gewalt widerfahren lässt und erneut in Haft kommt. Sein Verhalten zu ändern, kann mit dem Herstellen von Holzspielzeug nur schwerlich erreicht werden. Sven ist ein grober Mensch. Außer seinem Fußballverein scheint für ihn nur wenig eine Bedeutung zu haben. Seine Mutter ist ihm beispielsweise egal, eine Freundin hat er nicht. Zudem sieht er selbst keinen Handlungsbedarf. Auch sein Hass hat in Ausmaß und vor allem der Nichtigkeit des Anlasses etwas Krankhaftes. Um diesem wirksam begegnen zu können, muss wohl auf längere Zeit mit ihm gearbeitet und viel ausprobiert werden. Ein Ansatz bei ihm kann echte körperliche Beanspruchung sein, die ihn fordert und müde macht. Das nächste könnten im Rahmen von Anti-Aggressionstrainings konfrontierende Erlebnisse sein, die Sven selbst in die Lage eines für ihn verhassten Opfers bringen. Bei solchen Ansätzen muss in erster Linie das Allgemeinwohl im Vordergrund stehen.

Gül: Zwiespalt, Neid und Mädchengang

Wenige Menschen verkörpern einen derartigen inneren Widerspruch wie Gül. Sie ist 18 Jahre, das vierte von fünf Kindern und kommt aus einer muslimischen und streng konservativen Familie. Ihr selbst sieht man das nicht an. Sie trägt blonde Strähnen in den Haaren, die Fingernägel lackiert, viel Make-up und ist modisch gekleidet – ohne Kopftuch. Weil sie häufig die Schule geschwänzt hat oder auch wegen massiven Fehlverhaltens vom Unterricht suspendiert wurde, wird sie nicht zu den Prüfungen für den Hauptschulabschluss zugelassen. Sie beginnt daraufhin eine Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, in der sie ihren Hauptschulabschluss nachholt. Dabei ist sie mit zwei weiteren Freundinnen zusammen, deren Situation ähnlich gelagert ist. Während der Maßnahme treffen sie noch auf eine vierte Teilnehmerin, die mit einer der anderen bekannt ist. Sie bilden

von nun an eine Clique. Gül ist bereits zu Arbeitsstunden wegen Schwarzfahrens und Diebstahl verurteilt worden, ein Verfahren wegen Körperverletzung und versuchten Raubes läuft. Anzeige haben die Eltern einer jüngeren Schülerin gegen sie und eine ihrer Freundinnen, die auch an der Maßnahme teilnimmt, erstattet. Sie sei auf dem Schulhof von Güls ehemaliger Schule von den beiden bedroht worden und habe ihre Jacke abgeben sollen. Als sie sich weigerte, schlugen und traten sie die Mädchen und nahmen ihr schließlich das Kleidungsstück ab.

überrascht. Sie wirkt sympathisch und humorvoll. Ihr Berufswunsch ist es, Altenpflegerin zu werden. Sie sagt, dass sie ältere Menschen lieber mag als junge und ihnen gerne hilft. Wenn sie mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert wird, zeigt sich sehr schnell, ob sie ihr Gegenüber respektiert oder nicht. Wenn ihr Bildungsbegleiter mit ihr das Gespräch sucht, wird sie schnell frech. Fragen, ob sie ihr Verhalten in Ordnung findet, kommentiert sie schlicht mit „ja“. Sie steht auch einfach auf und geht. Wenn jemand Zugang zu ihr findet, wird sie offener.



Suche nach Geborgenheit: Gül ist neidisch auf dieses Mädchen, ihr Leben und ihre Zufriedenheit.
Foto: CHROMORANGE/Peter Raider/dpa

Auch bei der neuerlichen Chance fiel Gül schnell negativ durch Leistungsverweigerung und unangemessenes Verhalten gegenüber Dozenten und ihrem Bildungsbegleiter auf. Auseinandersetzungen mit anderen Teilnehmerinnen standen fast täglich auf der Tagesordnung; Gül und ihre Freundinnen waren dabei stets die Initiatoren und wurden bei den Auseinandersetzungen sehr schnell handgreiflich. Das Gül bislang nur eine Anzeige wegen Körperverletzung hat, ist verwunderlich. Mehrmals stand die dauerhafte Suspendierung von der Maßnahme zur Debatte. Schließlich absolvierte sie ihren Hauptschulabschluss doch, wenn auch mit einem vierer Notendurchschnitt.

Wer Güls Vorgeschichte kennt und mit ihr das erste Mal spricht, ist positiv

Gül unterscheidet zwischen dem Leben „draußen“ und zuhause. Ihr Vater arbeitet als Produktionshelfer in einem anderen Ort, sodass er morgens früh aufsteht und erst abends nach Hause kommt. Ihre Mutter ist Hausfrau. Als Gül noch minderjährig war und ihre Mutter mitnahm, wenn sie eine Unterschrift benötigte, aber auch zu Krisengesprächen, half deren Anwesenheit nicht viel, denn sie spricht kein Deutsch. Für Gül war das praktisch: ihre Mutter verstand kaum, warum sie zu einem Gespräch einbestellt wurde, wenn spontan niemand dolmetschen konnte. Als sie einmal zum Schulamt mussten, gerieten sie an eine Mitarbeiterin, die türkisch sprach und die Mutter in Kenntnis von Güls Verhalten als Anlass des Besuches informierte. Güls Mutter sah



Schande über die Familie gekommen und teilte alles ihrem Mann mit. Dieser stellte Gül vor die Entscheidung, ihr Verhalten „wieder gut zu machen“, oder in der Türkei verheiratet zu werden.

Gül erklärt, dass ihre Familie sehr konservativ sei. Weil die ältere Schwester von zuhause ausgezogen ist und ihr eigenes Leben führe, habe sie nur noch heimlich Kontakt zu ihr. Auf die Frage, warum sie nicht wie ihre Mutter ein Kopftuch trägt oder tragen muss, erklärt sie, ihr Vater sei, wie mittlerweile viele Türken, dahingehend westlich, dass die Tochter erst eine Ausbildung macht und dann ihr Mann darüber befinden kann, ob sie das Tuch tragen muss. Sehr viele Türkinnen wachsen so auf und würden erst Anfang, manchmal auch Mitte 20 das Tuch nehmen. Dann aber gleich zwei Tücher übereinander. Wie sie selbst zu der Tradition steht, kann sie nicht beantworten. Auch zu einer Verheiratung hat sie noch keine Meinung entwickelt, denn noch wäre es nicht soweit.

Es ist nicht wirklich vorstellbar, dass ein Mädchen, das versucht, aus allen Konventionen zu flüchten, mit einem Mann verheiratet wird, den andere als sie selbst aussuchen. Wenn man das anspricht, lächelt sie und zuckt die Schultern. Man würde sehen. Dass sie diese Aussicht und das traditionelle Leben zuhause in einen Zwiespalt bringen, ist kaum zu übersehen. Auf die Frage, wie das bei ihren drei Freundinnen aussähe, antwortet sie ähnlich verhalten. Zu ihrer Straftat gegen das jüngere Mädchen auf dem Schulhof reagiert sie abhängig davon, ob sie alleine oder mit ihren Freundinnen zusammen ist. Ihre Gerichtshelferin hat einen Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) vorgeschlagen. Im Einzelgespräch fand sie das in Ordnung, weil sie es im Nachhinein unfair fand, dass sie zu zweit waren. Als dieser Vorschlag mit ihr und ihrer Mittäterin besprochen wird, reagiert sie ganz anders. Das Mädchen beschimpft sie als „Schlampe“, die selbst schuld sei, wenn sie so billig rumlaufen würde. Dass die beiden ja offensichtlich ihre Jacke rauben wollten, spricht eher dafür, dass ihnen die Jacke gefiel. Beide streiten das schließlich ab, werden frech und aggressiv.

Der TOA wird nicht durchgeführt. Güls Verhalten ist leicht einzuschätzen. Alleine ist sie ein offener Gesprächspartner, solange sie nicht das Gefühl hat, jemand sei ihr unterlegen. Im Beisein ihrer Freundinnen provoziert sie und benimmt sich schlichtweg schlecht, mitunter wird sie tätlich gegen andere Menschen. Auf die Frage, was sie am meisten hasse, entgegnet sie ohne zu zögern: „Tussen“. Dies

zu konkretisieren geht mit Schimpftiraden einher, lässt aber dennoch erkennen, warum sie einen bestimmten Typ Frau oder Mädchen nicht mag. Ihr Opfer ist ein zierliches Mädchen von 15 Jahren, mit rotblonden langen Haaren. Sie ist im Realschulzweig und eine gute, unauffällige Schülerin. Nicht nur vom Aussehen, vom ganzen Leben her ist sie das Gegenteil von Gül und ihrer Freundin. Sie wird morgens von ihrem Vater zur Schule gebracht, oft mit anderen Schulkameradinnen. In Pausen unterhält sie sich, ist ein Pausenbrot und liest auch manchmal. Das Mädchen macht den Eindruck, mit ihrem Leben zufrieden zu sein und dort hinzugehören, wo sie gerade ist.

Das dies bei Gül anders ist, steht zu vermuten. Sie ist neidisch auf dieses Mädchen, ihr Leben und ihre Zufriedenheit. Dass das kein Grund sein darf, derart rüde mit einem anderen und vor allem schwächeren Menschen umzugehen, ist vollkommen klar. Gül ist, wenn man mit ihr alleine spricht, kein uneinsichtiger Mensch. Sie neigt aber dazu, sich herauszureden, sieht die Verantwortlichkeit bei anderen. Im Gegensatz zu Jessica, Volkan und Sven besitzt sie jedoch eine wesentlich höhere soziale Kompetenz. Ihren Berufswunsch hatte sie schon in der 8. Klasse formuliert. Weil sie im Anschluss keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, hat sie ein freiwilliges soziales Jahr in einem Altenpflegeheim angetreten. Folglich bemüht sie sich und ist aktiv. Auch ihre Schwester, die sich von dem familiären Zwang, wenn auch unter sicherlich harten Bedingungen, gelöst hat, könnte einen positiven Einfluss auf sie haben.

Für Gül ist es wichtig, die Verantwortlichkeit für ihr Leben zu übernehmen. Zuhause muss sie dies nicht, auch wenn dort strenge Regeln gelten. Ob sie sich dem Willen der Familie fügt oder einen eigenen Weg einschlägt, wird für sie eine schwierige Entscheidung und hat in beiden Fällen Konsequenzen. Ihr Zwiespalt, der auf unterschiedliche kulturelle Lebensstile, Traditionen, aber auch der Nichtanerkennung der Grundrechte eines jeden Menschen und einer ungenügenden Integrationsbereitschaft beruhen, ist ein zerreißen Zustand für einen jungen Menschen. Ihr in dieser Hinsicht Beistand zu bieten ist die eine Sache, muss aber unabhängig von Gewalt sein, die sie Menschen zufügt, die nicht in ihrer Lage sind und die nichts mit ihrer Situation zu tun haben.

Maurice: Der geborene Verlierer

Mit 15 Jahren hat Maurice schon eine lange Liste an Vergehen und Straftaten

gesammelt. Auf einer Sonderschule wird sein auffälliges Verhalten mit Beginn der vierten Klasse ausführlich dokumentiert. Seine Eltern sind geschieden, leben jedoch in einer Wohnung zusammen, die Familie gilt als „alteingesessener Sozialamtsadel“. Maurice Mutter ist Mitte vierzig, hat selbst keinen Schulabschluss und keine Ausbildung. Außer einem sogenannten 1-Euro-Job, den sie nach knapp drei Wochen abgebrochen hat, hat sie noch nie gearbeitet. Der Vater ist ein 60-jähriger Spätaussiedler und dauerhaft



Suche nach Anerkennung: In einer wechselnden Clique von Alkoholikern wird Maurice oft zum Stehlen geschickt.

Foto: Uwe Anspach/dpa

arbeitsunfähig. Laut seiner geschiedenen Frau spricht er kein Wort und säße nur rum. Maurice hat drei ältere Brüder im Alter von 24, 26 und 29 Jahren. Alle drei wohnen zuhause. Zwei von ihnen gelten als dauerhaft arbeitsunfähig und beziehen Leistungen nach dem zwölften Sozialgesetzbuch, der andere ist ebenfalls arbeitslos und bekommt Hartz IV. In seiner Familie ist Alkohol ein großes Problem. In der Schule begann Maurice in der vierten Klasse, den Unterricht zu schwänzen und von zuhause abzuhausen. Jedoch gingen seine Eltern nie zur Polizei, um ihn als vermisst zu melden. Stets war es die Schule, obwohl er einmal vier Tage bei Obdachlosen zubrachte, als er elf Jahre alt war. Seine Klassenlehrerin und spätere Schulleiterin zeigte sich in seinem Fall beispiellos engagiert. Sie informierte das Jugendamt und organisierte



KRIMINALITÄT

eine Familienhelferin. Den Vater lernte sie nie kennen, die Mutter erschien zu Terminen gar nicht oder nur mit Druck sehr widerwillig. Da seine Mutter bei drohender Wegnahme des Kindes stets Besserung versprach, schritt das Jugendamt nicht ein. Das Verhalten von Maurice wurde hingegen aggressiver. Binnen weniger Sekunden konnte er so in Rage geraten, dass er um sich prügelte und Gegenstände in Reichweite wahllos zerstörte. Noch während seines zwölften Lebensjahres begann er zu rauchen und

Er hat hellblondes, fast weißes Haar, ist sehr blass und wirkt traurig und zerbrechlich. Dieser Eindruck wird dadurch noch verstärkt, dass er stets in einer viel zu großen schwarzen Lederjacke herumläuft. Gemeinsame Gespräche mit seiner Mutter machen die Ablehnung ersichtlich, die sie gegen ihren Sohn empfindet. Maurices Lehrerin hat dies schon im frühen Schulalter beobachtet, auch habe seine Mutter unverhohlen geäußert, dass er nur Ärger mache und sie es einfacher hätte, wenn er nicht geboren worden wäre. Zuflucht findet Maurice nur bei seinem 30-jährigen Cousin, der aufgrund jahrelangen Alkoholmissbrauchs als dauerhaft arbeitsunfähig eingestuft wird und der wegen schwerer Körperverletzung unter Alkoholeinfluss verurteilt wurde. Mit ihm zieht er fortan durch die Stadt und ist häufig an einem Platz zu finden, an dem Obdachlose und Alkoholabhängige beisammensitzen. Immer häufiger wird er von der Polizei aufgegriffen. Neben Diebstahl kommen nun Anzeigen wegen Körperverletzung, Raubes, versuchter Brandstiftung und Hehlerei hinzu. Die Beamten erkennen einen stark selbstzerstörerischen Zug und seinen Drang, vor seinem Cousin etwas darstellen zu wollen. In einer wechselnden Clique von Alkoholikern wird Maurice oft zum Stehlen geschickt. Die Anerkennung, die er dort bekommt, erhält er sonst nirgends. Die Polizisten möchten darüber mit seinen Eltern sprechen und sind schockiert über deren Gleichgültigkeit. Daher nimmt ein Polizist Kontakt zum Jugendamt auf, doch wieder tut sich nichts, da weder Mutter noch Sohn eine Inobhutnahme wünschen. Er informiert daraufhin einen Streetworker der Stadt und bittet diesen, Maurice ins Gewissen zu reden und immer wieder mal aufzusuchen.

Im Gegensatz zu Jessica, die sich nahezu einen ganzen Hofstaat an sozialen Helfern hält und zeitweise beansprucht, schlägt Maurice alle Hilfsangebote aus. Er äußert immer wieder, einfach nur in Ruhe gelassen werden zu wollen. Seine frühere Lehrerin hat bei ihren Eingaben für das Jugendamt betont, dass Maurice wenig kindliches Verhalten an den Tag legen würde. Es sei selten, dass er einen unbekümmerten Eindruck mache. Vielmehr sei er sehr ernst, würde kaum lachen, sei unglaublich verschlossen und einzelgängerisch. Seine Lehrerin vermutete einen gewalttätigen Hintergrund in seinem Zuhause. Dieser Eindruck konnte nie bestätigt, aber auch nicht ausgeräumt werden. Sobald Maurices

machte seine ersten Erfahrungen mit Alkohol. Mit 13 Jahren trat er eine ältere Frau in der Straßenbahn mehrmals, weil sie anmahnte, dass er schon eine Dose Bier trank. Mit 14 Jahren besuchte er kaum noch die Schule. Nun kamen Diebstähle hinzu. Mit 15 Jahren umging er zunächst den Jugendarrest, indem er sich verpflichtete, in einer vom Jobcenter bezahlten Maßnahme am Hauptschulunterricht teilzunehmen und seinen Abschluss zu machen. Die Zulassung hierzu erhielt er wegen seiner Fehlzeiten nicht. In den wenigen Tagen, die er anwesend war und mitgearbeitet hat, hatten die Bildungsbegleiter hoffen lassen, dass er es doch noch packen kann. Im Testverfahren erzielte er durchschnittliche Werte eines Realschülers. Dennoch blieb er nicht dabei.

Bei allem, was Maurice schon angestellt hat, erweckt er bei seinem Anblick Mitgefühl. Er ist sehr klein, zierlich und sieht wesentlich jünger aus, als er ist.






Der neue COP®-Katalog 2013 ist jetzt erhältlich!

COP® Specials März / April 2013

*Gültig vom 20.02. - 30.04.13

1 Under Armour® Sporttasche PTH™ Victory Team Duffel medium
 Art.-Nr. UA12175555
 Größe: 53,3 x 31,8 x 30,5 cm (L x B x H); Volumen: 55 Liter
 Material: Nylon; Farbe: schwarz mit grauen Einlagen und weißen Under Armour®-Schriftzug auf der Vorderseite.



Aktionspreis €34,90**
statt 49,99*

2 Taschenleuchte Quielite LED Q-PRORW
 Art.-Nr. QL-PR-RW
 Eine rote und eine weiße Hochleistungs-LED-Diode
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
 Gewicht: 28 g; Leistung: 10 Lumen pro LED. 360° drehbare Halteklammer, 180° drehbare LED.



Aktionspreis €15,90**
statt 24,99*

3 Taschenlampe Tecxus™ Rebellight X120
 Art.-Nr. 20126
 Mit neuester SMD-Power-LED Technologie der Marke Cree. Fokussierbar: 4x Fokus, Dreh-Fokus-System. Länge: 10,3 cm
 Durchmesser: 2,9 cm
 Gewicht m. Batterien: 109 g
 Leistung: 120 Lumen



Aktionspreis €29,90**
statt 39,99*

4 Handschuh COP®DG205 Neopren
 Art.-Nr. 320205-Größe
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
 Material: 50% Kunstleder, 50% Neopren
 Handfläche aus ultradünne synthetischen Glattleder. Handrücken aus Neopren®. Bund mit Lasche und Klettverschluss



Aktionspreis €15,90**
statt 24,99*

5 Einsatz- & Zugriffs-handschuh COP®CR201
 Art.-Nr. 320201-Größe
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
 Außenmaterial: 100% Ziegenleder
 Innenmaterial: 100% Polyamid
 Schnittschutz: Rundumschutz durch kompletten Innenhandschuh



Aktionspreis €39,90**
statt 59,99*

6 WALTHER® Duty Boot PPQ Mid
 Art.-Nr. WAL821-Größe EU
 Farbe: schwarz
 Größen: EU 36 - 48 - keine halben Größen
 Obermaterial: Leder
 Gewicht 1Stiefel in Gr. 43: 567 g. Halbhoher Stiefel mit athletischer Passform und geringem Gewicht.



Aktionspreis €99,90**
statt 139,99*

7 Tablet-PC Umhängetasche COP® MB11
 Art.-Nr. 2000115
 Farbe: schwarz
 Material: 100% Polyester
 Maße: 28 x 22 x 9 cm (H x B x T)
 Die taktische Umhängetasche von COP® passend für Tablet PC und Dienstwaffe. Für Rechts- und Linkshänder geeignet.



Aktionspreis €39,90**
statt 59,99*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2013 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. * ehemaliger Verkaufspreis



Mutter anwesend war, hat ihr Sohn geschwiegen und kein Ton gesagt. Als er mit zehn Jahren nach einer Prügelei in der Grundschule gefragt wurde, warum er im Sportunterricht beim Bockspringen auf den anderen Jungen losgegangen sei, erklärte er, dieser habe hinter ihm gestanden und gesagt, er soll doch endlich loslaufen. Diese Anweisung hatte schon gereicht, um Maurice zu provozieren und ihn veranlasst, mit Fäusten auf den Kopf und Gesicht des Jungens zu prügeln. In der siebten Klasse tritt er einer Lehrerin mehrmals gegen das Schienbein, als sie bei einer Prügelei dazwischen geht. Nach solchen Auseinandersetzungen und Gesprächen mit seiner Lehrerin ist er mehrere Tage nicht in der Schule erschienen. Wenn Maurice kann, läuft er weg.

Maurices Fall ist traurig, sein Verhalten selbstzerstörerisch. Er demonstriert, wie wenig Behörden und sozialinstanzliche Einrichtungen in der Lage sind, einem jungen Menschen zu helfen, der keine Hilfe möchte. Die Straftaten, die er begeht, nehmen zu, sind aber in erster Linie für ihn gefährlich. Dies schon alleine wegen der Szene von Alkoholkranken, zu denen

er unter Umständen schon dazugehört, und Obdachlosen. Auf die Frage, warum er sich so verhält und kaputt macht, antwortet er: „Darum“. Außerdem wäre es egal. Insistiert man zu stark und bedrängt ihn durch Fragen, wird er wütend. Dann erklärt er seinen Hass – gegen die Menschen, die versuchen, ihm zu helfen. Er hasse es, immer das machen zu sollen, was andere wollen. Er wolle in Ruhe gelassen werden. Auch er relativiert die Verantwortlichkeit seiner Taten, in dem er alles als „egal“ abtut. Wie weit sein kriminelles Tun noch gehen wird und wann es zumindest zeitweilig Einhalt erfährt, ist abzuwarten und hängt maßgeblich davon ab, wann der Staat soweit durchgreift, dass er Maurice aus dem Verkehr zieht.

Wenige Beispiele erlauben wenige Schlussfolgerungen

Hass wird als Begriff sehr inflationär gebraucht. Eine ausschließlich negative Emotion kommt an sich selten bei den meisten Menschen im Laufe ihres Lebens vor und wird häufig als eine temporäre aber überwältigende Gefühlswallung empfunden. Das Gefühl des Hasses ist geprägt von empfundener Feindschaft,

Suche nach Lösungen.

Foto: CHROMORANGE/Peter Raider/dpa

Widerstreben, Ablehnung, Zorn, Ekel und Verachtung.¹ Auch dauerhaft empfundener Hass ist möglich, in seinem Vorkommen jedoch noch seltener. Hass als eine der elementarsten menschlichen Emotionen generiert eigene Formen von Gewalthandlungen. Hassgewalt oder Hasskriminalität² bezieht sich zunächst auf physische Handlungen und ist meist gegen Menschen, die fremd für den Täter sind, gerichtet.³ Dabei handelt es sich bei Hass auf das Fremde häufig um eine psychologische Bewältigungsstrategie, die auf persönlichem Scheitern und empfundener Benachteiligung beruhen.⁴ Jedes aufgeführte Beispiel offenbart für sich allein bereits derartig viele Defizite und Problemlagen, dass es wie ein Fass ohne Boden wirkt. Die günstigste Prognose kann für Gül getroffen werden, die aufgrund ihrer grundsätzlich sozialen Ader noch Einsicht zeigen kann. Doch auch hier spielt ihr Umfeld eine große Rolle. Ihre Gewalt erscheint aus der ungewissen



Zukunft zu resultieren, die sie keineswegs rechtfertigt, jedoch Anlass zur Hoffnung gibt, dass sie in wenigen Jahren straf-frei ist. Im Falle Volkan könnte es seine Eitelkeit sein, die ihn irgendwann doch bemüßigt, etwas für sich und sein Leben zu tun. Die Biographien von Sven, Jessica und Maurice geben indes wenig Hoffnung, dass sie aus eigenem Antrieb heraus ein normenkonformes Leben führen. Fünf Beispiele reichen mitnichten aus, diese Bandbreite möglicher Gewaltformen, ihr Entstehen und ihre Konsequenzen wirklich aufzuzeigen.

Einige Rückschlüsse erlauben die Betrachtungen jedoch:

1. Politischer Hass ohne politisches Fundament

Das Beispiel Jessica veranschaulicht den Typ Extremist, der vor allem in der rechten Szene anzutreffen ist. Sie ist ein Mitläufer, ohne wirklich Ahnung von politischen und gesellschaftlichen Mechanismen zu haben. Die Motivation, Ausländer pauschal zu hassen, ist vor

allem extrinsisch, also ihr von außen angetragen worden. Sie übernimmt diese Haltung, ohne nachzufragen. Allein dieser Umstand dokumentiert die mangelnde Geistesbildung von ihr. Dieses Phänomen ist in extremistischen Gruppen generell häufig vertreten. Der Grund liegt in der Sache: Extremisten unterscheiden stumpf in Schwarz und Weiß; das Prinzip der Schuldzuweisung und sehr einfacher, banaler Erklärungen reicht ihnen aus. Zudem geht es nicht um wirklich politische Fragen, es geht in erster Linie um die Zugehörigkeit und dadurch auch um ein gewisses Maß an Schutz.

2. Hassen ist Macht

Hass ist, wie zuvor festgestellt, eine absolut negative Emotion, ein Gefühl, dass an sich schwer zu ertragen sein muss. Es fordert zum Handeln auf, benötigt ein Ventil. Jemandem, dem Gewalt dieses Ventil bietet, entdeckt für sich eine Möglichkeit, mit dieser Emotion umzugehen. Wenn die Gewalttätigkeit als Befreiung und somit positiv empfunden wurde, verändert sich die Wahrnehmung des Has-

sen grundlegend. Hass wird nicht mehr als negativ wahrgenommen, sondern nur das, was den Hass aus Sicht der Täter verursacht. Damit ist dann auch die Begründung und Rechtfertigung für Gewalt-handlungen automatisch gegeben. Die Entladung des Hasses als gewalttätiger Akt gegen Menschen oder Gegenstände hat eine entscheidende Konsequenz für den Täter: er erkennt, wozu er fähig ist. Zerstört er etwas, weil er es hasst, beseitigt er es aufgrund seines Willens. Schlägt er einen Menschen zusammen, dann weil er entschieden hat, dass derjenige es verdient. Diese Möglichkeit zur Selektion und zur Unterteilung in Falsch und Richtig gibt dem Gewalttäter Macht, die er in anderen Bereichen des Lebens nicht besitzt.

3. Vor allem Versager hassen

Zum Hass als Emotion sind auch Menschen fähig, die ansonsten zu wenig in der Lage sind. Beispiele wie Jessica und Sven verdeutlichen dies anschaulich. Sie sind nicht in der Lage, stabile Beziehungen einzugehen. Sie benötigen ein verbindendes

Anzeige

IPOMEX®

6th international
police meeting
and exhibition

16.-18. April 2013
Münster

WWW.IPOMEX.COM



MESSE UND
CONGRESS CENTRUM
HALLE MÜNSTERLAND

Wir begeistern Menschen

Messebegleitende Veranstaltungen u. a.:

- DHPol-Seminare

- „Strategie und Taktik bei der Bewältigung von Einsatzlagen“
- CAN-Bus-Seminar

- Leitstellenkongress des Behörden Spiegel

Erstmalig:

- Interaktive Erlebniswelten

Verkehr, Mobile Computing, Ausstattung, Gesundheitsmanagement

- KRIFA Fachtagung Kritische Infrastruktur am 18. April Blackout und seine Folgen beherrschen



Kostenfreie Besucher-Registrierung unter www.ipomex.com

Ausstellungsstände jetzt buchen

UNTERSTÜTZT DURCH:



Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Veranstalter: Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH, Albersloher Weg 32, 48155 Münster, Tel.: 0251 6600 355



Element. Bei ihnen bietet sich Hass an. Hass ist für sie die Entschuldigung für ihr eigenes Dasein und Scheitern. Aggression und Destruktivität werden vor allem durch Langeweile und dem Gefühl, nicht ausgelastet zu sein, hervorgerufen.⁵ Schulvermeidung und Jugendarbeitslosigkeit spielen eine bedeutende Rolle. Dabei vermeiden solche Jugendliche durch eigenes Verhalten selbst einen strukturierten Tagesablauf, Angebote mit dem Ziel der gesellschaftlichen Integration und der in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt lehnen sie ab. Nicht selten stammen sie zudem aus sogenannten Multiproblemfamilien und haben ein durch das Umfeld erlerntes Gewaltverhalten.⁶ Dies erleichtert die Einstellung zur Gewalt gegen einen anderen, auch völlig fremden Menschen als probates Mittel ungemein und macht Gegenargumentationen nahezu wirkungslos.

Jemanden wie Sven pädagogisch „ansprechen“ zu wollen, funktioniert nicht. Es geht nicht darum, solche Täter endgültig fallen zu lassen und zu entmenslichen. Es geht darum, sie nüchtern als Verlierer zu betrachten, zu denen sie sich selbst gemacht haben. Ihnen dies zu spiegeln ist eine Herausforderung, die mit viel Konsequenz und ohne Angst durchgeführt werden muss. Vor allem aber dürfen nicht Erklärungen außerhalb des Täters ein größeres Gewicht bekommen, als seine eigenen Taten, die ihn zum Gewalttäter machen. Nicht die Schule macht Jugendliche zu Straftätern. Nicht die Regierung macht Menschen zu Extremisten. Gewalttäter treffen selbst die Entscheidung, mit Gewalt ihre Angelegenheiten zu klären. Hass als leitende Emotion, die ein anderer Mensch verursacht, ist als Begründung eine zusätzliche Ohrfeige für das Opfer. Entscheidungen haben Konsequenzen. Besonders junge Menschen müssen lernen, die Konsequenzen ihres Handelns zu begreifen und sich ihnen zu stellen. Und hier ist tatsächlich das Rechtssystem gefordert. Im Falle von Jessica haben sich die Arbeitsstunden, die sie noch mit 15 Jahren verhängt bekam, gesteigert, weil sie sie nicht absolviert hat. Als sie bei 80 Stunden ankam, gab es eine erneute Gerichtsverhandlung, bei der sie noch mal drei Monate mehr Zeit eingeräumt bekam, ansonsten müsste sie in den Arrest. Sie trat die Arbeitsstunden wieder nicht an, den Arrest auch nicht und wurde schließlich von der Polizei dorthin gebracht. Für was sie die Arbeitsstunden damals bekam, wusste sie schon gar nicht mehr, denn inzwischen war sie 17 Jahre und hatte mittlerweile

ein Kind geboren. Die Forderung nach schnelleren und auch konsequenteren Bestrafungen ist eine eingefahrene Debatte. Viele Jugendrichter und Betreuer in Jugendhaftanstalten geben an, dass die Kapazitäten nicht vorhanden seien. Dies ist in der Tat ein Problem und formuliert einen ganz dringenden und politischen Appell. Die Bestrafung „auf dem Fuße“ ist zwingend notwendig. Die Ausführung der Strafe muss ebenfalls schnell erfolgen und als Strafe auch tatsächlich begriffen werden können. Warum bekommt ein Jugendlicher, der nicht in die Schule geht und keine Ausbildung absolviert, vorneweg vier bis sechs Monate Zeit, um eine Strafe von 70 Arbeitsstunden abzuleisten? Organisatorische Gründe machen hier jeglichen Erziehungsgedanken zunichte. Selbstverständlich ist es immer leichter, auf Missstände hinzuweisen, anstatt sie anzugehen. Doch exakt dies sollte Handlungsmaxime aller Beteiligten werden, deren Berufsfeld im Umgang mit gewalttätigen Jugendlichen liegt und auch den Politikern, die über das Thema befinden.

Die Opfer besser zu schützen muss das oberste Ziel jeglicher Interventionen sein. Dabei müssen die Maßnahmen dennoch bei den Tätern ansetzen und Möglichkeiten zur Aufarbeitung der eigenen Vorurteile bieten. Ansätze, wie sozialpolitische Maßnahmen, die als Ziel die Eingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt definieren, oder Anti-Aggressionstrainings zur Steigerung der Resilienz existieren längst und werden Jugendlichen, die aufgrund schulischer Probleme keine Ausbildung oder Arbeit finden oder als aggressiv bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, zuteil. Da sie jedoch nach dem obersten Prinzip der Wirtschaftlichkeit aus öffentlicher Hand eingekauft werden, sind die Maßnahmen nicht immer gut betreut. So haben all diese Bestrebungen Grenzen in der Kostenintensität der Maßnahmen und der Zeitbemessung der Betreuer für den Einzelnen entgegen der dauerhaften Beeinflussung eines anti-sozialen Umfeldes und vor allem jahrelanger Sozialisation. Sofern die Intervention nicht im Rahmen einer Haft installiert ist, wird sie in der Nähe des Jugendlichen durchgeführt, so dass er anstatt dieses Angebot wahrzunehmen, häufig den Weg der bewussten Vermeidung wählt und in dem für die gesellschaftliche Integration ungünstigen Umfeld bleibt. Entsprechend gering sind die Chancen der einzelnen, punktuell angesetzten Interventionen, wie sie bislang eingesetzt und praktiziert werden.

Aus Hass verursachter Gewalt und

Kriminalität zu begegnen kann keine alleinige Aufgabe von Polizei und Justiz bleiben, zudem kann ihr nicht alleine mit Gesetzen begegnet werden, da der emotionale Prozess und die Manifestierung des Hasses an sich nicht an Straftaten gekoppelt sein muss. Auch stellt sich die Frage, wie präventive Programme zur Begegnung von Hassgewalt bei jungen Menschen ausgestaltet sein und wann sie einsetzen müssen. Die Prozesse zur Hassbildung und zum Aufbau der Gewaltbereitschaft interdisziplinär zu erforschen und auf dieser Basis Gegenmaßnahmen zu konzipieren, kann ein wirksamer Ansatz sein. Dazu bedarf es Zeit und der Forschung vor Ort, gemeinsam mit der Polizei, aber auch Sozialarbeitern und Betreuern in Jugendämtern, die konform gehen muss mit sämtlichen datenschutzrechtlichen Einschränkungen, jedoch nicht an ihnen scheitern darf.

Fußnoten

(1) Vgl. Kolnai, A.: *Ekel, Hochmut, Hass. Zur Phänomenologie feindlicher Gefühle*, Frankfurt 2007, S. 100.

(2) *Der Begriff ist die Übersetzung des aus der angloamerikanischen Forschung stammenden Terminus „hate crime“, der gewalttätige und gruppenzentrierte Übergriffe bezeichnet, die aus negativen und erniedrigenden Bewertungen heraus eine abschätzende Wahrnehmung einer fremden Gruppe als Ziel ihrer Gewalt definiert.*

(3) *Auch Gewalt gegen Sachen kann als Hassgewalt definiert werden. Nach Kolnai ist Hass immer auf Menschen bezogen und gegen Menschen gerichtet; Hass gegen eine Sache kann nur als Hass gegen eine menschengemachte Idee und somit als stellvertretendes Ziel begriffen werden, vgl. Kolnai 2007, 164.*

(4) Vgl. Dienstbühl, D. / Abou-Taam, M.: *Hasskriminalität: eine Herausforderung an die moderne Gesellschaft*, in: *Die Kriminalpolizei* 3/2012, (S. 4-8), S. 7.

(5) Vgl. Fromm, E.: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*, 23. Auflage Reinbeck bei Hamburg 2011, S. 273; Füllgrabe, U.: *Kriminalpsychologie – Täter und Opfer im Spiel des Lebens* 1997, S. 198 f.; Dienstbühl, D.: *Gewalt als Verständigung. Die Bandbreite von Jugendgewalt in Deutschland*, in: *Kriminalistik* 8-9/2011 (507-512), S. 509.

(6) Vgl. McGuire, J.: *Understanding psychology and crime. Perspective on Theory and action*, Berkshire / New York 2009, S. 91 f.



Positionspapier der GdP: Verfassungsschutz stärken

Kein Verzicht auf V-Leute, ausreichendes Personal auch in den Bereichen Staatsschutz und Verfassungsschutz und ausgeweitete Informationspflicht der Nachrichtendienste gegenüber der Polizei – das sind die Kernforderungen der Gewerkschaft der Polizei, die deren Vorsitzender Bernhard Witthaut in der Berliner Bundespressekonferenz Mitte Januar der Öffentlichkeit vorstellte. Während der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages noch tagt, hat die GdP bereits ihre Schlüsse aus der rechtsterroristischen Mordserie gezogen: Das verlorengegangene Vertrauen kann nur durch Transparenz und Ehrlichkeit in der Aufarbeitung möglicher Fehler wiederhergestellt werden.

„Die Mordserie des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds hat das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, insbesondere den Verfassungsschutz, nachhaltig beeinträchtigt. Über viele Jahre wurde von den Ermittlern die Auffassung ver-

treten, es gäbe keine Hinweise darauf, dass eine äußerst gewaltbereite Organisation im rechtsextremistischen Politikspektrum existiere, die in ihren Handlungsweisen Merkmale des Terrorismus erfülle. Dabei orientierten sie sich an früheren Terror-

rismuserfahrungen. Diese Einschätzung hat sich als grundlegend falsch erwiesen“, stellte der GdP-Bundesvorsitzende in Berlin eindeutig klar.

Dasselbe klare Bekenntnis auch zu den Pannen bei der Aufklärung der Verbrechenserie hat die GdP ihrem neuen Positionspapier: „Den Verfassungsschutz stärken. Parlamentarische Einflussmöglichkeiten verbessern. Das Vertrauen zurückgewinnen.“ vorangestellt.

Eindeutige Lösungsansätze

Der GdP geht es vom Bekanntwerden der Mordserie an darum, die Hintergründe und Vorgehensweisen der unterschiedlichen Ermittlungsbehörden so nachhaltig



Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut präsentiert der Presse das GdP-Positionspapier zum Verfassungsschutz.
In der Mitte: Oliver Malchow, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender. Foto: Zielasko



Witthaut: Vorwürfe angeblicher Rechtslastigkeit treffen nicht nur den Verfassungsschutz, sondern auch alle Beschäftigten der Polizei.
Fotos (2): Zielasko

aufzuklären, dass sich am Ende dieses Prozesses mögliche Lösungsansätze eindeutig herausbilden. Zudem hat es die GdP als ihre Aufgabe gesehen, Verantwortlichkeiten klar zu benennen. „Dazu gehört auch, die über viele Jahre erfolgreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Bereich des Verfassungsschutzes und bei der polizeilichen Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität zu würdigen und nicht durch ideologisch gesteuerte Attacken diskreditiert sehen zu lassen. Dadurch und weil die Aufklärung der NSU-Verbrechen und ihrer Hintergründe lückenhaft und mitunter schematisch erfolgte, ist jedoch der Verdacht geäußert worden, dass eine rechtsextreme Terrorzelle mindestens mit Wissen von deutschen Ermittlungsbehörden existierte. Dieser Verdacht wurde leider auch aus mancherlei Interesse nach Kräften genährt. Bei den Beschäftigten des Verfassungsschutzes entstand der Eindruck, als seien die offenkundigen Fehler, die bei den Ermittlungen um das Terroristen-Trio begangen worden waren, der willkommene Anlass, eine unbeliebte Behörde infrage zu stellen, um sie am Ende abschaffen zu können, obwohl sie eine Aufgabe wahrnimmt, die Verfas-

sungsrang hat“, bekräftigte Witthaut vor den Journalisten.

Versäumnisse schmälern, Erfolge nicht

Mögliche Versäumnisse, so der GdP-Vorsitzende, im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus dürften nicht über eine Jahrzehnte auch erfolgreiche Arbeit der Verfassungsschutzbehörden hinwegtäuschen. Das gelte für die Verhinderung islamistischer Anschläge ebenso wie für die Aufklärung von insgesamt 23 rechtsextremistischen Organisationen seit dem Jahr 2000, die dank dieser Arbeit verboten werden konnten. Diese Verbote seien nur möglich gewesen, weil zuvor engagierte Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen Justiz, Polizei und Verfassungsschutz koordiniert zusammengewirkt hätten. „Wir übersehen jedoch nicht, dass die personelle und materielle Ausstattung in den Bereichen Staatsschutz und Verfassungsschutz mindestens teilweise eine Mangelwirtschaft ist“, so Witthaut. „Uns erreichen klare Aussagen von Behördenleitungen, die Entsendung von Landesbeamten in die Terrorbekämpfungszentren erfolge so, dass die entsandten Kolleginnen und Kollegen fehlen. Dies spricht nicht gegen die Terrorbekämpfungszentren, sondern macht deutlich, dass die Personaldecke schlicht zu kurz ist. Wir erteilen etwaigen Hoffnungen nach einer kostenneutralen Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus eine glasklare Absage“.

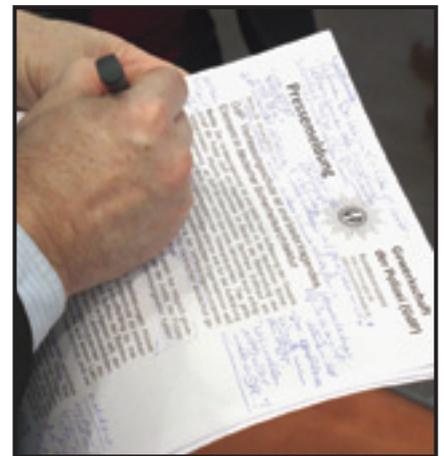
Keine Rechtslastigkeit

Mit scharfen Worten wies Witthaut Vorwürfe aus dem politischen Raum über eine angebliche Rechtslastigkeit deutscher Sicherheitsbehörden zurück. Solche Vorwürfe trafen nicht nur die rund 7.000 Beschäftigten in den Verfassungsschutzämtern, sondern auch die zehntausende Männer und Frauen der Polizei, die rund um die Uhr mit einer belastenden und gefährlichen Arbeit für die Sicherheit der Bürger in diesem Land Sorge trügen, betonte Witthaut.

Positionspapier vorgestellt

Rechtzeitig vor der Bekanntgabe der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse und der daraus erforderlichen Konsequenzen legte die Gewerkschaft der Polizei ein Positionspapier zur Zukunft

des Verfassungsschutzes vor. Unter Federführung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jörg Radek haben daran auch Kollegen aus den GdP-organisierten Bereichen des Verfassungsschutzes gemeinsam mit Kollegen der GdP-Bundesgeschäftsstelle gearbeitet. Das Einholen der Expertise von Praktikern des Verfassungsschutzes war bei der Erarbeitung der GdP-Positionen ebenso wichtig wie die Mitberatung im Bundesfachausschuss Kriminalpolizei. „Praktiker, Insider und Gewerkschafter haben zusammen ein fachlich sehr gutes Papier erarbeitet“, betonte der für die Kriminalpolitik zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende, Oliver Malchow. Es sei ein erklärtes Ziel des Bundesvorstandes der GdP, die Sicherheitsbehörden in Deutschland auch



im Bereich des Verfassungsschutzes für die Zukunft aufzustellen. „Das Positionspapier ist dabei ein Debattenbeitrag, der klar die Interessenlagen der Beschäftigten vertritt“, sagte Malchow.

• Mehr parlamentarische Einflussmöglichkeiten – keine Zusammenlegung von Landesverfassungsschutzämtern

Die GdP erkennt, dass die Sicherheitsbehörden in Zukunft in der Fach- und Dienstaufsicht durch zuständige Bundes- und Landesministerien intensiver politisch geführt und von Parlamenten kontrolliert werden müssen. Wer den föderalen Aufbau der Bundesrepublik auch im Bereich der Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben will, der muss sich zur Struktur von Bundesbehörden und sechzehn Landesbehörden bekennen. Die Idee, mehrere Landesverfassungsschutzämter zusammenzulegen und unter die parlamentarische Kontrolle aus einem Landesparlament zu stellen, widerspricht dem Föderalismus und ist keineswegs eine Stärkung parlamentarischer Arbeit.



- **Ein effizienter Staats- und Verfassungsschutz erfordert ausreichendes Personal und ein Personalentwicklungskonzept**

Wer einen zuverlässigen und effektiven Staats- und Verfassungsschutz will, muss ihn personell angemessen und attraktiv ausstatten. Seit Jahren kritisiert die GdP den massiven Stellenabbau innerhalb der Sicherheitsbehörden. Es konnte nicht ohne Folgen bleiben, dass die personelle wie finanzielle Ausstattung der meisten Landesverfassungsschutzämter defizitär war und ist. Alle Bereiche des politischen Extremismus und Terrorismus müssen kontinuierlich von einer ausreichenden Personalstärke in allen Sicherheitsbehörden beobachtet und ermittelt werden, was nach Überzeugung der GdP bislang nicht oder jedenfalls nicht überall gewährleistet war oder ist. Die GdP fordert eine gemeinsame Fortbildung für Angehörige der Sicherheitsbehörden zur Stärkung der besseren Zusammenarbeit.

Die GdP ist davon überzeugt, dass motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gemeinsame Fortbildungsmodu-

le durchlaufen haben, auch in Zukunft trotz unterschiedlicher gesetzlicher Aufträge in den fest definierten und damit koordinierten Arbeitsfeldern besser zusammenarbeiten werden. Ziel muss es sein, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in deutschen Sicherheitsbehörden in den Fragen des politischen Extremismus, seinen Ursachen und seinen Auswirkungen gut aus- und fortgebildet sind. Eine extremistische Gesinnung von Angehörigen deutscher Sicherheitsbehörden ist nicht akzeptabel und muss durch Instrumente der Personalführung erkannt und entsprechend reagiert werden.

- **Die GdP fordert eine Stärkung des Verfassungsschutzes. Diese Stärkung kann durch mehr politische Verantwortung auch auf Parlamentarisebene für die Sicherheitsbehörden erreicht werden.**

Eine stärkere parlamentarische Einwirkung auf die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden kann nur erreicht werden, wenn die jeweilige Verfassungsschutzbehörde auch in ihren örtlichen Zuständigkeitsbereichen klaren parlamentarischen

Strukturen zugeordnet ist. Die Idee, mehrere Landesverfassungsschutzämter zusammenzulegen und unter die parlamentarische Kontrolle aus einem Landesparlament zu stellen, widerspricht dem Föderalismus und ist keineswegs eine Stärkung parlamentarischer Arbeit.

- **Stärkung der Kompetenzen des Bundesamtes für Verfassungsschutz**

Die Kompetenzen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu einer, jeweils mit den Ländern abzustimmenden, eigenständigen operativen Fallbearbeitung und zur Koordinierung von Maßnahmen mehrerer Landesverfassungsschutzämter sollen gestärkt werden. Die GdP ist für eine stärkere Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden untereinander und mit der Polizei, wobei das Trennungsgesetz nicht zur Disposition steht. Positive Ansätze und schon jetzt vorgenommene gemeinsame Arbeit der Sicherheitsbehörden werden begrüßt.

Die GdP fordert darüber hinaus, dass die Verfassungsschutzbehörden ihren gesetzlichen Auftrag gemäß Paragraph 20

Anzeige

DGB-FOTOWETTBEWERB

IM FOKUS: ARBEIT

Deutschland braucht den Mindestlohn –
Wie sieht gute Arbeit aus? Wie sieht schlechte Arbeit aus?

**KEIN LOHN
UNTER 8,50**
Euro pro Stunde

Mitmachen, Foto hochladen und bis zu 1.000 Euro gewinnen:

Wir freuen uns auf digitale Fotografien, die das Thema gute Arbeit widerspiegeln oder – umgekehrt – aufzeigen, wie schlechte Beschäftigungsverhältnisse und ihre Folgen aussehen können. Jede/r Teilnehmer/-in kann bis zu drei Fotografien auf der Internetseite hochladen.

1. Preis: 1.000 Euro; 2. Preis: 500 Euro;
3. Preis: 250 Euro; 4.-10. Preis: Auswahl an Mindestlohn-Artikeln

www.mindestlohn.de/fotowettbewerb

Einsendeschluss: 30. April 2013. Die Gewinner/-innen werden auf einer Pressekonferenz zum Thema Mindestlohn im Juni 2013 in Berlin geehrt und erhalten dort ihre Preise. Ausführliche Teilnahmebedingungen finden Sie auf: www.mindestlohn.de/fotowettbewerb.



Bundesverfassungsschutzgesetz, Informationen an die Polizeien weiterzuleiten, intensiver wahrnehmen. Die Gesetzgeber werden aufgefordert, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen (z.B. Paragraph 20 BundesverfassungsschutzG) so zu ändern, dass auch andere Verbrechenstatbestände der Weiterleitungspflicht unterliegen. Des Weiteren ist zu prüfen, ob die Befugnisse nach Paragraph 8 Bundesverfassungsschutzgesetz jedenfalls teilweise (heimliche Informationsbeschaffung durch Bild- und Tonaufzeichnung) unter richterliche Kontrolle zu stellen ist.

• Mehr Extremismusforschung in Deutschland

Die GdP fordert die dauerhafte Einrichtung einer zentralen Forschungsstelle „gewaltorientierter Extremismus“ in Deutschland. Sie hat zum Ziel, Radikalisierungsprozesse zu erforschen, den aktuellen Stand der Phänomene des gewaltorientierten Extremismus wissenschaftlich zu erfassen und die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden zu stärken. Der Erforschung des Bereichs „Rechtsextremismus“ ist derzeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

• Kein Verzicht auf V-Leute

Die GdP ist der festen Überzeugung, dass auch in Zukunft nicht auf den Einsatz von V-Leuten verzichtet werden darf. Die Aufklärung von Tätigkeiten und Strukturen verdeckter und im Geheimen agierender Organisationen, Netzwerke sowie taktisch operierender extremistischer Vereinigungen lässt sich nur erfolgreich umsetzen, wenn man auf auskunftsbereite Personen aus diesem Umfeld zurückgreifen kann. Die Arbeit mit Informanten aus den unterschiedlichsten Milieus ist unangenehm und gefährlich. Dennoch gehen diese



Oliver Malchow, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, wies die Kritik der Fan-Vertreter am V-Leute-Einsatz in der Fußballszene nachdrücklich zurück.
Foto: Zielasko

Informanten durch ihre Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden selbst lebensgefährliche Risiken ein. Auch sie müssen geschützt werden. Das Veröffentlichen von Klar-Identitäten von V-Leuten bereits auf der Ebene von Innen- und Verfassungsschutzausschüssen lehnt die GdP ab, weil damit Leib und Leben der V-Leute konkret gefährdet werden würde.

V-Leute-Diskussion erreicht Fußball

Der Einsatz von V-Leuten im Fußball werde seit geraumer Zeit breit diskutiert,

nahm Oliver Malchow den Faden des GdP-Bundesvorsitzenden vor den Journalisten der Bundespressekonferenz auf. Im August vergangenen Jahres hatte „Spiegel online“ diese Debatte durch einen Artikel unter der Überschrift „Einsatz von V-Männern: Schnüffler in der Fankurve“ eröffnet, in dem es um das von zunehmender Gewalt und Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz belastete Fußballgeschehen ging. Die daraus resultierende und wenig überraschende Empörung der Fanszene ließ nicht lange auf sich warten, zielte indes aber in die falsche Richtung. Der Polizei wurde unterstellt, den Fußball zu unterwandern, die Fußball-Fans zu kriminalisieren und unter Generalverdacht zu stellen, sie gar mit Terroristen gleichzusetzen.

Neues Feuer erhielt der Disput um V-Leute im Fußball durch eine Kleine Anfrage der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion der Piraten, in deren Antwort der NRW-Innenminister den V-Leute-Einsatz in der Fußball-Fanszene bestätigte. Malchow: „Es gibt Bereiche, in denen durch klassische offene Maßnahmen die Polizei nicht die notwendigen Informationen erlangt, die für die Einsatzplanung aber wichtig sind, um die Aufgabe, Gefahren abzuwehren, leisten zu können. Bei dem Einsatz von V-Leuten geht es immer um den Schutz hochwertiger Rechtsgüter wie Gesundheit, Leben oder bedeutende Sachwerte, nie um Lappalien.“ Das gelte eben auch für den Bereich der Sport-Straftäter in Ultra- oder Hooligan-Gruppierungen und natürlich auch für Personen, die unter dem Deckmantel des Fußball-Fans beispielsweise extremistische Strukturen aufbauen wollen oder solche Taten planen und begehen.

Anzeige.



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin
Kassel – Bad Wilhelmshöhe.

In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Fan-Kritik zurückgewiesen

Die Gewerkschaft der Polizei, so Malchow, weise die Kritik der Fan-Vertreter nachdrücklich zurück. Für die Polizei und die GdP sei der Einsatz von V-Leuten eine, wenn auch außergewöhnliche, so doch aber notwendige und aufgrund der bedrohten Rechtsgüter auch gerechtfertigte Vorgehensweise, über kooperationsbereite Personen an Informationen aus der zunehmend konspirativ agierenden gewalttätigen Fußball-Szene zu kommen. Dadurch könne die Polizei rechtzeitig und vorbeugend agieren.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende: „Aus unserer Sicht wird dieses Vorgehen durch die gestiegene Zahl der eingeleiteten Strafverfahren, der zunehmende polizeiliche Kräfteinsatz und der bedauerlich Spitzenwert bei verletzten Personen im Fußballgeschehen untermauert.“ So habe die Anzahl der an den Standorten der Vereine der 1. und 2. Bundesliga

in der vergangenen Saison eingeleiteten Strafverfahren um rund 70 Prozent, die der geleisteten Arbeitsstunden der Polizeibeamten um etwa 40 Prozent und die der Verletzten um 120 Prozent über dem Durchschnitt der vergangenen zwölf Jahre gelegen.

Gewalt auf An- und Abreisewegen

Auch abseits des Stadions, auf den Wegen zum Spiel und wieder heim, wachse die Fußballgewalt. Aus dem Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei für die Saison 2011/2012 schilderte Malchow, dass die Zahl der Straftaten sich im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent, die der Gewaltdelikte um elf Prozent erhöht habe. Die größte Gruppe der festgestellten Straftaten machten unterdessen Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz aus. Im Vergleich zu den zurückliegenden Spielzeiten 2009/2010 und 2010/2011 stellten die Kolleginnen und Kollegen der

Bundespolizei ein Anstieg von sechs Prozent fest. Desweiteren sei die Zahl der Landfriedensbruchdelikte um 34 Prozent gestiegen. Gar um 90 Prozent nahmen das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ und „Volksverhetzungen“ zu.

Friedliche Fans schützen

„Bei den nahezu an jedem Fußball-Wochenende vorkommenden Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Fangruppen, das können beispielsweise verabredete Schlägereien, organisierte Randalen in Innenstädten, das Abbrennen von Bengalos auf engstem Raum in den Stadien oder brutale Übergriffe in Zügen und auf Bahnhöfen sein, handelt es sich um Straftaten, die von wenigen Rädelführern angezettelt werden. Dabei werden, wie die festgestellten Zahlen nachweisen, immer mehr Menschen verletzt oder geraten zumindest in ernste Gefahrensituationen.“ Das betreffe auch die

Anzeige

Meine Empfehlung:
Die faire Adresse
fürs eigene Zuhause.

BAUFI-WOCHEN
Jetzt Top-Konditionen sichern!



Baufi-Wochen bei der Sparda-Bank: Nutzen Sie das aktuelle Zinstief und die günstigen Konditionen des fairsten Baufinanzierers Deutschlands. Einfache Abwicklung und umfassende Beratung inklusive: www.sparda.de

Sparda-Banken

freundlich & fair

Ja, ich will mir Top-Konditionen sichern! Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:

Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)



eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Angesichts dieser Lage sehe es die GdP als notwendig an, für die übergroße Mehrzahl friedlicher Fußballfans, die sich jedes Wochenende auf den Weg in die Stadien macht und dort ihren Verein unterstützt, ein sicheres Fußballerlebnis zu gewährleisten und sie vor Gefahren zu schützen. Malchow: „Ein geeignetes Instrument dazu ist und bleibt die Preisgabe interner Informationen aus der kriminellen Fanszene über V-Leute an die Polizei.“

Das sehe, so ergänzte der stellvertretende Bundesvorsitzende, im Übrigen eine breite Mehrheit der Sport-Interessierten in Deutschland ebenso. Wie das Nürnberger Marktforschungsinstitut puls im Auftrag des Sport-Informations-Dienst in einer Januar 2013 veröffentlichten repräsentativen Umfrage herausfand, hielten 73 Prozent der Befragten den Einsatz von V-Leuten für angemessen, nur 16 Prozent hatten sich dagegen ausgesprochen.

Sascha Braun/MiZi

**GdP-Positionspapier:
Den Verfassungsschutz stärken.
Parlamentarische Einflussmöglichkeit verbessern. Das Vertrauen zurückgewinnen.**



A.C.A.B. in AWD-Arena verboten

In der AWD-Arena, der Heimspielstätte des Fußball-Erstligisten Hannover 96 ist künftig der Schriftzug „A.C.A.B.“ („All Cops Are Bastards“) verboten. Die Hannoveraner sind damit der erste Profi-Club der ausdrücklich Transparente oder Banner mit der Polizistinnen und Polizisten beleidigenden Formulierung sowie das Tragen von Kleidung mit entsprechendem Aufdruck verbietet.

In einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes, Wolfgang Niersbach, und Dr. Reinhard Rauball, Präsident der Deutschen Fußball Liga, begrüßte GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut den Vorstoß von Hannover 96 und bat die Verbandsspitzen, sich dafür einzusetzen, dem Beispiel und Vorbild der „96er“ zu folgen und generell die Hausordnungen der Stadien und Vereinsplätze entsprechend zu ändern. Witthaut: „Die Gewerkschaft der Polizei hat auf allen Ebenen immer wieder die Verwendung des Akronymes A.C.A.B. aufgegriffen und sehr kritisch reflektiert. Über viele Jahre haben wir uns dabei u. a. an die Politik gewandt und eine Veränderung in gesetzgeberischer Weise mit der Maßgabe gefordert, dass dieses Akronym auch als Kollektivbeleidigung strafbewehrt wird.“ Es erfülle seine Kolleginnen und Kollegen und ihn mit Zufriedenheit, dass in der AWD-Arena zukünftig die Verwendung von Spruchbändern mit der Aufschrift A.C.A.B. durch die Hausordnung untersagt sei.

Polizeibeamtinnen und -beamten seien es leid, diese Form der Beleidigung zu ertragen.

Auch die niedersächsische GdP zeigte sich ermutigt über das A.C.A.B-Verbot im ehemaligen Niedersachsen-Stadion. Das Ergebnis sei für alle Polizistinnen und Polizisten erfreulich, weil diese Beleidigung im Stadion und anderswo nicht hinnehmbar ist, sagte GdP-Landeschef Dietmar Schilff gegenüber der Presse. Er habe nach einem ersten Versuch erneut Kontakt zum VfL Wolfsburg, Eintracht Braunschweig und dem VfL Osnabrück aufgenommen, um dort persönlich dieselbe Anregung wie in Hannover vorzubringen.

Unterdessen schwelt der Streit um die Strafbarkeit des Akronyms weiter vor den Gerichten. Die Verwendung eines Transparents mit der Aufschrift „A.C.A.B.“ bei einem Fußballspiel könne grundsätzlich als Beleidigung bestraft werden, entschied zuletzt im Sommer 2012 der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe und hob damit ein Berufungsurteil des Landgerichts Karlsruhe vom Dezember 2011 auf, das den erstinstanzlichen Freispruch vom Vorwurf der Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuch-Paragrafen 185 bestätigt hatte.

Die Richter hielten es ebenso für naheliegend, bei der Bewertung der Buchstabenkombination „A.C.A.B.“, wegen der darin liegenden abwertenden Kennzeichnung einer Person als Bastard, der Bezeichnung grundsätzlich beleidigenden Charakter im Sinne des Paragraphen 185 StGB beizumessen, als auch dieses Werturteil auf die bei dem verfahrensgegenständlichen Fußballspiel

eingesetzten Polizeibeamten und damit einen umgrenzten, grundsätzlich beleidigungsfähigen Personenkreis zu beziehen. Zudem weise die Äußerung „A.C.A.B.“ nach Wortsinn und bestimmenden Begleitumständen, so das Oberlandesgericht Karlsruhe in einer Pressemeldung, keinen auch nur ansatzweise erkennbaren sachlichen Bezug zum Beruf des Polizisten als solchem, zur polizeilichen Tätigkeit im allgemeinen oder zum Verhalten von Polizeikräften speziell bei Einsätzen im Zusammenhang mit Großveranstaltungen wie Demonstrationen oder Fußballspielen auf.

Anlässlich eines Zweitligaspiels soll der Angeklagte im Oktober 2010 im Fanblock des Karlsruher Wildparkstadions gemeinsam mit weiteren Personen ein im gesamten Stadion sichtbares großflächiges Banner mit der Aufschrift „A.C.A.B.“ hochgehalten haben. Ihm wird vorgeworfen, er habe damit den im Stadionbereich anwesenden Polizeibeamten gegenüber seine Missachtung ausdrücken wollen.

Oberlandesgericht Karlsruhe, Urteil vom 19.07. 2012, 1 (8) Ss 64/12- AK 40/12

MiZi



Zur Pressemeldung des OLG Karlsruhe vom 2. November 2012



Männer und Frauen im Dialog

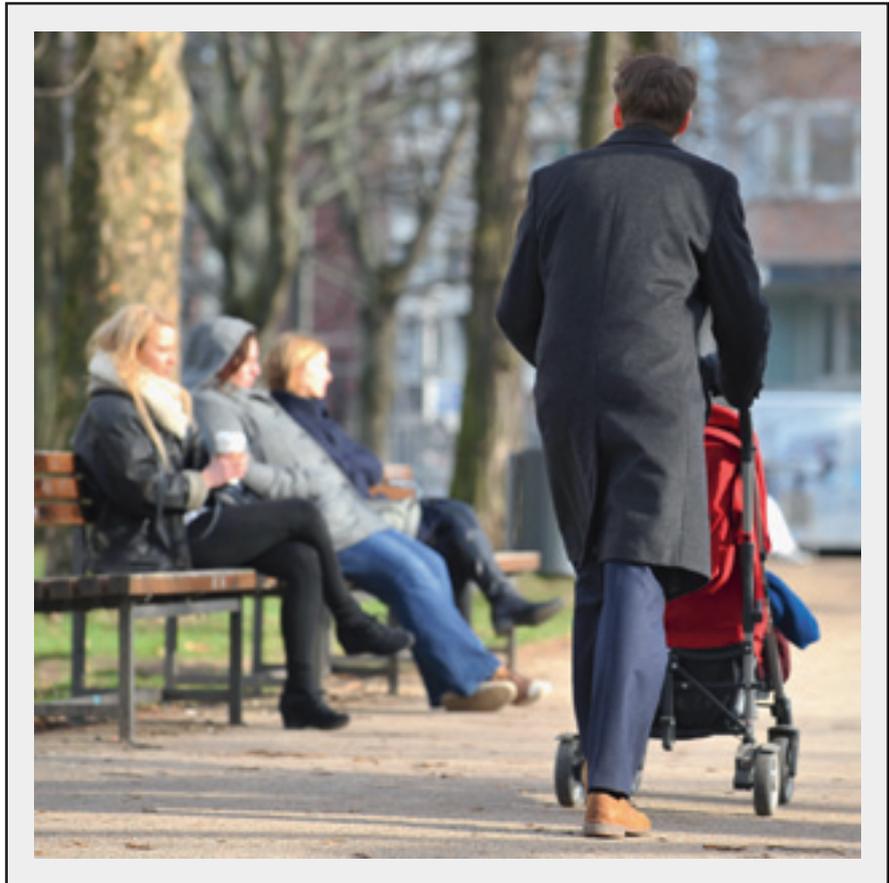
Von Thomas Gesterkamp

Die Bundesregierung hat im Familienministerium das Referat „Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer“ eingerichtet. Parallel etablierte sich das „Bundesforum Männer“, ein Zusammenschluss von Vereinen und Verbänden, die sich mit Themen wie Vaterschaft, Jungenarbeit oder Männergesundheit beschäftigen. Der neue Dachverband kooperiert mit Frauenorganisationen und distanziert sich von antifeministischen Männerrechtlern.

In Österreich war vor gut zehn Jahren die Aufregung groß: Das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz richtete eine „Männerpolitische Grundsatzaufteilung“ ein. Vom Bündnis aus konservativer ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ durchgesetzt, stand das Projekt von Anfang an in der Kritik. Die damals oppositionelle SPÖ und Frauenverbände fürchteten die Umschichtung von Fördergeldern. Inzwischen regiert eine Große Koalition die Alpenrepublik, ein Sozialdemokrat übernahm das umstrittene Ressort. Die Aufregung über „Männerpolitik“ hat sich gelegt – und auch in Deutschland wird die Idee seither vorbehaltloser diskutiert.

Lange seien nur Mädchen gefördert worden, „jetzt haben die Jungs Nachholbedarf“, glaubt zum Beispiel Dorothee Bär, die frauen- und familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag. Viele Kinder hätten in den ersten Lebensjahren fast nur mit dem weiblichen Geschlecht zu tun: „Jungen, die bei Alleinerziehenden groß werden, treffen oft erst in der fünften Klasse auf die erste männliche Bezugsperson.“ Familienmini-

lichen Jugendlichen Perspektiven in erzieherischen und pflegerischen Berufen ermöglichen will, hatte es unter den Vorgängerregierungen keine solche Akzentsetzung gegeben. Auch im Bundesfamilienministerium fand lange keine Männerpolitik statt. Mit dem neuen Männer-Referat werden männerpolitische Anliegen jetzt stärker in den Blick genommen. Seit November 2010 gibt es zudem das „Bundesforum Männer“ als Pendant zum Deutschen Frauenrat. Der Zusammenschluss, in dem neben kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden auch Jungenarbeiter, Vä-



„Männerpolitik“ steckt in Deutschland noch ganz am Anfang.

Foto: Paul Zinken/dpa

Thomas Gesterkamp ist Journalist in Köln. Zuletzt erschien sein Buch „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (Budrich Verlag 2010). Für die Friedrich-Ebert-Stiftung verfasste er die Expertise „Geschlechterkampf von rechts – Wie sich Männerrechtler und Familienfundamentalisten gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren“, die kontroverse Debatten vor allem im Internet auslöste. Die Studie von Hinrich Rosenbrock „Die antifeministische Männerrechtsbewegung – Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung“ erschien als Band 8 der Schriftenreihe des Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung. Beide Untersuchungen sind auch online abrufbar.

sterin Kristina Schröder plädiert für eine „gleichstellungsorientierte Jungen- und Männerpolitik“. „Wir wollen Jungen und Männer dabei unterstützen, sich nicht von Rollenbildern einengen zu lassen, ihre individuellen Lebenspläne zu entwickeln und diese auch zu verwirklichen“, betonte sie anlässlich der internationalen Tagung „Männerpolitische Beiträge zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft“, die Ende Oktober 2012 in Berlin stattfand.

Abgesehen von dem ausgelagerten Projekt „Neue Wege für Jungs“, das männ-

teraktivisten und Wissenschaftler mitarbeiten, versteht sich als Sprachrohr geschlechterdialogischer orientierter Männer. Diese klare Positionierung ist nicht selbstverständlich, denn in der „Männerbewegung“ (wenn man von einer solchen überhaupt sprechen will) existieren verschiedenste Strömungen nebeneinander. Eher rückwärtsgewandte Männerrechtler wenden sich massiv gegen Frauenförderung und staatliche Gleichstellungspolitik. Die weibliche Emanzipation sei längst erreicht, jetzt würden die Männer diskriminiert, heißt



es in ihren Zirkeln. Trennungsväter oder „Quotengeschädigte“ bauen persönliche männliche Opfererfahrungen manchmal zu regelrechten Verschwörungstheorien aus. Vor allem in Onlineforen dominiert ein aggressiv maskulinistischer Ton, der bis zu Mord- und Vergewaltigungsdrohungen gegen Andersdenkende reicht.

Eine Studie des Bochumer Sozialwissenschaftlers Hinrich Rosenbrock hat die Denkweisen und Netzwerke dieser antifeministischen Netzwerke untersucht. „Es geht den Akteuren um die Stärkung oder zumindest den Erhalt männlicher Vorrechte“, sagt der Experte: „Dies gipfelt teilweise in Vernichtungsphantasien gegen den Feminismus und auch gegen einzelne Personen.“ Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung, die die Untersuchung finanziert hat, sieht einen Zusammenhang mit der Langzeitforschung „Deutsche Zustände“ des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer. Eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ breite sich aus, das bedrohe „die demokratische Basis und spielt dem Rechtspopulismus in die Hände“. Ein Grund für das Aufkommen „männerrechtlicher“ Strömungen sieht sie in der „wachsenden ökonomischen Verunsicherung, die traditionelle Männlichkeitsbilder reanimiert“.

Eine Stilisierung des Mannes zum Opfer „des Feminismus“ ist wenig hilfreich. Dringend notwendig aber ist es, auch die Nachteile männlicher Lebensentwürfe zu thematisieren. Kooperationsbereite Initiativen wie das „Bundesforum Männer“ können hier eine wichtige Rolle spielen. In den zehn Grundsätzen ihrer Plattform haben die Mitgliedsverbände den „konstruktiven Dialog zwischen den Geschlechtern“ befürwortet. Männerthemen müssten in Ministerien und Behörden mehr Beachtung finden, fordert das Forum, das sich von antifeministischen Strömungen aber ausdrücklich distanziert hat.

„Männerpolitik“ steckt in Deutschland noch ganz am Anfang. In vielen Praxisfeldern (und auch in der Förderpraxis der Europäischen Union) überwiegt weiterhin ein Denken, das Geschlechterfragen weitgehend mit Frauenpolitik gleichsetzt. Mitgemeint, aber nicht mitgenannt: Dass das Wort „Männer“ in den Titeln der zuständigen Stellen, in den Bezeichnungen für Kommissionen oder Berichte nie auftaucht, ist keine Formalie. Darin drücken sich vielmehr (bei allem gutem Willen Einzelner) inhaltliche Nachrangigkeit und eine strukturelle Missachtung aus. Das Männer-Referat im Familienministerium ist so betrachtet ein sinnvoller erster Schritt in eine andere Richtung.

Eine Schule für alle

500.000 Kinder in Deutschland gelten als lernbehindert, 80 Prozent von ihnen besuchen Förderschulen. Ein Dokumentarfilm zeigt, dass es Alternativen gibt.



Foto: Grundschule Berg Fidel

Lucas hat Lernprobleme, Anita aus dem Kosovo droht die Abschiebung, Jakob hat das Down-Syndrom: Alle drei Kinder gehen auf die Grundschule in Berg Fidel. Der fröhlich klingende Name des Hochhausviertels am Rande Münsters täuscht, es handelt sich um einen sozialen Brennpunkt. Die Schüler kommen aus 30 Nationen, viele aus Flüchtlingsfamilien.

Die Schule nimmt alle Kinder „ohne Einschränkung“ auf, auch Lernbehinderte oder Kriegstraumatisierte, die anderswo meist auf Förderschulen (die früheren Sonderschulen) abgeschoben werden. Die sechs- bis zehnjährigen Jungen und Mädchen werden altersübergreifend und stets von mehr als einer Person betreut: Neben der Klassenlehrerin gehören eine Sonderpädagogin sowie studentische Honorarkräfte zum Team, manchmal auch eine Erzieherin.

Das Lehrerteam orientiert sich an reformpädagogischen Konzepten. In einem Praxisbuch wirbt Schulleiter Reinhard Stähling gemeinsam mit seiner Kollegin Barbara Wenders für eine „inklusive Grundschule“, die weder Behinderte noch sozial Schwache ausgrenzt. Über seine Zielgruppe weiß er präzise Bescheid. Eine Befragung in Kooperation mit den drei Kindergärten des Stadtteils ergab, dass 40 Prozent der Kinder ohne Frühstück zur

Schule kommen. 23 Prozent haben eine schwer verständliche Aussprache, genauso viele motorische Defizite. Bei zwei von fünf Schülern besteht zahnärztlicher Behandlungsbedarf, bei drei Viertel Förderbedarf in deutscher Sprache.

Gängige Diagnosen wie „verhaltensauffällig“ und „lernbehindert“ hält Stähling für bequeme Etiketten, mit denen „Kinder schon in jungen Jahren abgedrängt werden“. Für seinen Stadtteil schlägt er das gemeinsame Lernen bis zur 10. oder gar bis 13. Klasse vor. Denn gerade die Kinder aus schwierigen Familien hätten in vier Jahren Grundschule einfach nicht genug Zeit, ihre sprachlichen und sozialen Kompetenzen zu entwickeln. Überschaubare Schulen, die Aufgaben der Jugendhilfe mit übernehmen und sich als Zentrum für Familienberatung verstehen, seien das „Zukunftsmodell besonders im sozialen Brennpunkt“.

Im Herbst vergangenen Jahres kam ein Dokumentarfilm über die Grundschule Berg Fidel in die Kinos, der ab diesem Monat auch als DVD erhältlich ist. Er folgt den Schülerinnen Schülern durch Unterricht und Freizeit, lässt sie von ihren Träumen, ihrem Leben und ihren Stärken erzählen. Die unkommentierte Originalton-Collage bietet einen lebendigen und interessanten Einblick in das „inklusive“ Konzept.

Thomas Gesterkamp



Interview mit Reinhard Stähling, Leiter der Grundschule in Münster-Berg Fidel

„Berg Fidel – Eine Schule für alle“ heißt ein Kinofilm, der aus der Perspektive der Kinder den Alltag an Ihrer Grundschule dokumentiert. Was genau heißt „Schule für alle“?

Stähling: Kein Kind wird ausgeschlossen oder geht verloren. In Berg Fidel nehmen wir jedes Kind aus dem Wohngebiet auf. Hier bleibt jedes Kind auf unserer Schule, keines geht auf eine Sonderschule.

Was sind das für Kinder, die Ihre Schule besuchen? Wie ist das Wohnumfeld?

Stähling: 60 Prozent der Familien hier stammen aus dem Ausland. Ich finde das sehr bereichernd. Ich habe immer das Gefühl, in 30 Ländern gleichzeitig zu Besuch zu sein. Die Schule ist die einzige im Stadtteil. Dadurch, dass wir jedes Kind aufnehmen, ist es hier tatsächlich friedlicher geworden. Keiner fühlt sich an den Rand gedrängt.

In die Förderschulen gehen Kinder, die als lernbehindert gelten. Sie setzen dem das Konzept der Inklusion entgegen. Warum?

Stähling: Um Frieden zu schaffen. Wenn sich jede Familie durch die Schule angenommen fühlt, gibt es keine Konflikte, die nicht lösbar wären. Wenn die Kinder jedoch aus ihrem Umfeld herausgerissen werden, verlieren sie leicht den Draht zu ihren ehemaligen Kindergartenfreunden. Dann kommen sie nachmittags in den Stadtteil zurück und klauen den anderen die Jacken ...

Was machen Sie und ihr Kollegium konkret anders im Unterricht?

Stähling: Wir richten uns nach den Kindern, wie es unsere Aufgabe als gute Lehrer ist. Sie bestimmen das Lerntempo, nicht die Lehrpläne! Den Stress tun wir niemandem an. Es würde gegen die lernpsychologischen Gesetze verstoßen, wenn wir den Kindern zu schwere oder auch zu leichte Aufgaben geben würden. Am leichtesten ist das zu verwirklichen, wenn man in jeder Klasse alle Jahrgänge von eins bis vier mischt.

Was ist schwierig bei der praktischen Umsetzung?

Stähling: Ein inklusiver Unterricht muss sich immer wehren gegen die Auslese, die durch das System Schule leicht gemacht wird. Man kann ja so einfach ein Kind für lernschwach erklären und es trotzdem ständig überfordern. Dann folgt oft das Sitzenbleiben und der Abstieg

„Sonst klauen die den anderen die Jacken“

beginnt bereits in der Grundschule. Fast ein Viertel unserer 15-jährigen Schüler in Deutschland können kaum lesen. Sie

die sogenannten Behinderten mit in die Schule bringen. Sind wir nicht alle irgendwie auf die Hilfe anderer angewiesen? Was ist da anders mit Behinderten? Jedes Kind lernt von und mit den anderen. Das ist unser Verständnis eines inklusiven, kooperativen Unterrichts.

Wie sind die Reaktionen auf den Film über Ihre Schule?

Stähling: Überwältigend. Allein in der



Foto: Grundschule Berg Fidel

wurden abgeschult, verloren das Vertrauen, wurden hin und her geschoben, in der Regel übernahm dafür keiner die Verantwortung. Das ist die Folge von Aussonderungen, die als völlig normal angesehen werden. Wenn man sich dagegen wehrt, lebt man entspannter, die Kinder lernen besser, aber man muss mit Angriffen rechnen.

Was sagen die Kinder (und die Eltern), was in Berg Fidel anders ist?

Stähling: Man darf Fehler machen und man lernt daraus – wie kann humanes Lernen besser beschrieben werden? Das ist leider noch nicht weit verbreitet in unseren Schulen. Ein einziger Fehler kann einem die Schullaufbahn versauen.

Wie kriegt man skeptische Eltern mit ins Boot, die vielleicht denken: Hilfe, mein Kind soll mit Behinderten in eine Klasse gehen?

Stähling: Von Behinderten haben wir noch gar nicht gesprochen. Brauchen wir auch nicht, es sei denn wir sprechen von den zusätzlichen Pädagogenstellen, die

ersten Woche wurde der Dokumentarfilm über unsere Kinder in Münster von 1.500 Menschen gesehen. In der Kinorangliste der meist gesehenen Filme war das Platz 2. Ich glaube, wir sehnen uns alle danach, eine mutige humane Schule für unsere Kinder zu finden, wo sie sein dürfen wie sie nun mal sind.

Interview: Thomas Gesterkamp

Kontakt: Grundschule Berg Fidel, Hogenbergstraße 160, 48153 Münster. Telefon 0251-787568, www.ggs-bergfidel.de

Buchtip: Reinhard Stähling/Barbara Wenders: „Das können wir hier nicht leisten“ – Wie Grundschulen doch die Inklusion schaffen können. Ein Praxisbuch zum Umbau des Unterrichts. Schneider Verlag, Baltmannsweiler 2012.

Informationen zum Film unter www.bergfidel.wfilm.de



TAUCHSEMINARE

Veranstaltungstermine

Lehrgang für Taucharztassistenten

Wann?

15. bis 19. April 2013

Wo?

Regensburg

Rückfragen?

Hubertus Bartmann,
Traubenweg 6,
93309 Kelheim
Telefon 09441-4222
E-Mail tauch@t-online.de
Internet www.pdv415.de

9. Intensivseminar „Tauchunfall“

Wann?

10. und 11. Mai 2013

Wo?

Regensburg

Rückfragen?

Hubertus Bartmann,
Traubenweg 6, 93309 Kelheim
Telefon 09441-4222
E-Mail tauch@t-online.de
Internet www.tauch-unfall.de

Anzeige



BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com



www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!

VERKEHRSGERICHTSTAG 2013

Keine Toleranz gegenüber Aggressionen

Jeder kennt das Phänomen: Eine scheinbar unverfängliche Routinesituation im Straßenverkehr eskaliert innerhalb kurzer Zeit durch eine als Provokation empfundene Handlung. Aggressives Verhalten und seine negativen Auswirkungen auf das Klima und die Sicherheit des Straßenverkehrs, Fragen der Qualität polizeilicher Geschwindigkeitsmessungen, eine in die Kritik geratene Reform des Flensburger Sündenregisters und Maßnahmen im System der Fahranfängervorbereitung waren die zentralen Themen des diesjährigen Deutschen Verkehrsgerichtstages. Fast 2.000 Fachleute aus Deutschland und 16 weiteren europäischen Staaten diskutierten beim mehrtägigen Kongress Ende Januar in Goslar über aktuelle Probleme im Straßenverkehr.

Viele Verkehrsteilnehmer sind davon überzeugt, dass das Rasen, Drängeln, Schneiden und gefährliche Überholen auf den Straßen in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Was sind Ursachen des grob regelwidrigen oder gar aggressiven Verhaltens, und wie kann ihnen begegnet werden, um die Kraftfahrer zu regelkonformem Verhalten anzuhalten und die Straßen der Zukunft – trotz steigender Mobilität – sicher zu machen?

Fraglos müssen aggressive Verhaltensweisen wirkungsvoll im Straßenverkehr bekämpft werden, da sie regelmäßig mit grobem Regelverletzungen einhergehen, die ihrerseits erhöhte Unfallgefahren mit unter Umständen schweren Folgen heraufbeschwören. Deshalb forderte der Arbeitskreis des Gerichtstages, dass die Rechtsgutverletzungen bei aggressivem Verhalten selbstverständlich sanktioniert werden müssen, wenn Ordnungswidrigkeiten- oder gar Straftatbestände erfüllt sind. Mehrheitlich war das Gremium indes der Meinung, dass die rechtlichen Kriterien dafür ausreichen und keine Verschärfung der Gesetze notwendig sei. Erforderlich sei jedoch eine „Verstärkung der Ressourcen zur Verkehrsüberwachung“, die durch „spezialpräventiv wirksame Sanktionen“ ergänzt werden müsse.

Tempoüberwachung für mehr Verkehrssicherheit

Die bekannte Frage: „Ich bin geblitzt worden, was kann man da machen?“ zeigt immer wieder die fehlende Akzeptanz von Tempokontrollen und registrierten Messergebnissen bei ertappten Geschwindigkeitsübertretungen. Bestärkt wird diese Hal-

tung durch Berichte und Gerichtsurteile, die, oftmals plakativ, auf Messfehler – durch technische Mängel des Geräts oder aber Bedienungsfehler – bei den Überwachungsbehörden hinweisen.

Der Verkehrsgerichtstags-Arbeitskreis stellte hierzu fest, dass grundsätzlich die Akzeptanz von Geschwindigkeitsmessungen bei den Kfz-Führern erhöht werden müsse. Schließlich sind Tempokontrollen zweifellos unabdingbar, da die unangemessen hohe Geschwindigkeit bundesweit für 35 Prozent aller Verkehrstoten verantwortlich ist. Deshalb werde von Polizei und Ordnungsbehörden erwartet, dass Blitzer nicht als reine Einnahmequellen dienen dürfen, sondern „Ort, Zeit und Auswahl der Messstellen ausschließlich an der Verkehrssicherheit und dem Umweltschutz“ ausgerichtet werden. Um die Korrektheit der Messungen überprüfen zu können, müssten dem Verteidiger und beauftragten Sachverständigen bei der Akteneinsichtsrecht sämtliche zur Beurteilung notwendige Unterlagen künftig zur Verfügung gestellt werden.

Massive Kritik am neuen Flensburger Register

Der Verkehrsgerichtstag begrüßte, dass die 2009 von dort ausgegangenen Impulse von der Bundesregierung aufgegriffen worden sind, um das Mehrfachtäterpunktsystem einfacher und transparenter zu gestalten.

Die nunmehr geplante Reform ist dennoch bei den Experten des Gerichtstags-Arbeitskreises durchgefallen. Unklar bleibe beim neuen Fahreignungsregister,



ab wann welche Punkte zählen oder wieder gelöscht werden müssen. Mit der Beibehaltung der „Überliegefrist“ und des Tattagsprinzips, statt durchgehend das Rechtskraftprinzip verbindlich festzuschreiben, bleibe das System „für alle Beteiligten nach wie vor intransparent“. Zudem forderte das Gremium, die Möglichkeit des Punkteabbaus durch Absolvieren freiwilliger Maßnahmen beizubehalten.

Nachdem im Anschluss an den Verkehrsgerichtstag auch der Bundesrat sich unzufrieden mit der Reform zeigte, gilt es als unwahrscheinlich, dass dieses Werk noch vor der Bundestagswahl im September beschlossen wird.



„Rasend gefährlich“ – Immer mehr Aggressivität am Steuer?

Foto: DVR

Intensivere Betreuung von Fahranfängern

Trotz des Erfolgsmodells „Begleitetes Fahren ab 17“ und des bereits seit 2007 geltenden absoluten Alkoholverbots für Fahranfänger stellen junge Erwachsene noch immer die im Straßenverkehr am meisten gefährdete Altersgruppe mit einem mehrfach erhöhten Unfallrisiko im Vergleich zu erfahrenen Fahrern dar.

Junge Menschen sollten deshalb möglichst früh an Regeln im Verkehr gewöhnt werden. Vorhandene Möglichkeiten einer optimalen Verkehrserziehung und Verkehrssicherheitsarbeit seitens der Schule, Polizei und weiterer Institutionen könnten aus Sicht der Goslarer Experten besser genutzt werden.

In den Fahrschulen wünscht der Verkehrsgerichtstag sich eine inhaltliche und methodische Weiterentwicklung, zum Beispiel durch technische und elektronische Simulationen. Darüber hinaus wurde die Optimierung des begleiteten Fahrens angeregt, einmal durch die jetzt existierende Regelung, aber auch durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf 16. Die Erwartungen des Gesetzgebers, das begleitete Fahren führe zu einer nachhaltigen und dauerhaften Unfallreduzierung, hätten sich durch die Kürze der zurückgelegten Strecken und der zu geringen Zeit noch nicht im bestmöglichen Umfang erfüllt.

Bedeutung der Empfehlungen

Der Deutsche Verkehrsgerichtstag ist europaweit einer der größten Kongresse von Experten des Verkehrsrechts und der Sicherheit im Straßenverkehr. Die interdisziplinär durch Verkehrsjuristen, Richter und Anwälte, Polizeibeamte, Wissenschaftler, Versicherer sowie auch Politiker erarbeiteten Ergebnisse und Emp-

fehlungen, besonders zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, flossen bisher vielfach in Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Gerichtsurteile ein. Typische Beispiele sind die aktuellen Regelungen zu Alkohol und Drogen sowie der Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer.

(Ausführliche Berichte zu den Empfehlungen in den kommenden Ausgaben.)

Peter Schlanstein

GERMAN POLICE PROJECT TEAM

Weihnachtsfeier in Kabul

Für viele der Kolleginnen und Kollegen findet die Weihnachtszeit alle Jahre unter „normalen“ Umständen daheim und im Kreise der Familie statt. Wie in den zahlreichen anderen Auslandsverwendungen – den UN- und EUPOL-Missionen, der EULEX oder den Haus- und Ordnungsdiensten rund um die Welt – verblieben auch beim German Police Project Team (GPPT) viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Feiertage im „Lande“.

Der Standort Kabul ließ das Jahr am 20. Dezember mit etwa 45 Beamtinnen und Beamten und den afghanischen Dolmetschern besinnlich ausklingen. In

Gemeinschaftsarbeit wurde bei Kaffee und Kuchen der Weihnachtsbaum geschmückt. Im Anschluss daran wurde die Tombola-Trommel für einen guten Zweck gerührt. Firmen und die GdP stellten hochwertige Preise zur Verfügung, die innerhalb einer halben Stunde neue Besitzer fanden. Der Erlös soll dem Verein „Lachen. Helfen“ zugutekommen. In der Vergangenheit unterstützte dieser Verein auch Projekte des GPPT. So konnten dringend notwendige Sachgüter für das städtische Waisenhaus in Kabul beschafft und übergeben werden.

Carsten Liesenfeld



Arbeitgeber lassen Angebot vermissen

Nach einem ersten Zusammentreffen in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin gingen Ende Januar die Tarifparteien der Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ohne ein Angebot der Arbeitgeber auseinander.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut: „Wir haben der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) deutlich zu verste-

fen. Die Beschäftigten der Polizei erwarten einen deutlichen Lohn- und Gehaltsanstieg von 6,5 Prozent.“

Kerstin Philipp, stellvertretende Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand: „Der Druck im Kessel steigt weiter. Wie stark, das werden wir mit Aktionen und Warnstreiks deutlich machen.“

In einer ersten Entgegnung auf die Gewerkschaftsforderungen sagte der Verhandlungsführer der TdL, Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn: „Die Forderung überfordert uns. Egal, was ich jetzt vorgelegt hätte, es wäre sowieso falsch gewesen. So kann es nicht kommen. Für uns hat der Schuldenabbau höchste Priorität. Wir werden uns in den nächsten Runden sicherlich annähern und dann schauen, was geht und was nicht geht.“

Die zweite Verhandlungsrunde fand am 14. und 15. Februar in Potsdam statt. Deutsche Polizei wird in der April-Ausgabe darüber berichten und ak-

tuell natürlich auf www.gdp.de und der GdP-App.

In der zweiten Runde sollte es insbesondere um die Schließung der Einkommensschere zwischen Bezahlung im öffentlichen Dienst der Länder und der Privatwirtschaft gehen. Hier besteht Aufholbedarf. Der Verhandlungsführer für die Gewerkschaften, Frank Bsirske, ver.di, begründete die Notwendigkeit, diesen Abstand zu reduzieren und mittelfristig zu schließen:

Nachholbedarf bestehe auf Länderseite auch gegenüber den Einkommen beim Bund und den Kommunen: Ab Januar

2013 in Höhe von 2,25 Prozent und ab August 2013 in Höhe von 3,6 Prozent – das entspreche ab 1. August dieses Jahres einem Abstand von 53,18 Euro in EG 1 Stufe 2 bis zu 209,53 Euro in EG 15 Stufe 5. Der Lohnabstand auf Bund und Kommunen sowie die Gesamtwirtschaft sei umso weniger hinnehmbar, als der Länderbereich im Hinblick auf sein Personal vor erkennbar großen Herausforderungen stehe. In den nächsten acht bis zehn Jahren würden 20 bis 25 Prozent der heute Beschäftigten altersbedingt ausscheiden.

Das Gros dieser Stellen müsse unter Bedingungen besetzt werden, bei denen sich die Konkurrenz um qualifizierten Berufsnachwuchs und qualifizierte Fachkräfte bereits deutlich verschärft habe. Dabei kämpfe der öffentliche Dienst schon heute in einigen Bereichen mit Personalgewinnungsproblemen, im IT-Bereich ebenso wie bei Ingenieuren.

Deutliche Lohnerhöhungen im Länderbereich, eine spürbare Reallohnsteigerung und ein Lohnplus, das dem Nachholbedarf, der sich im letzten Jahrzehnt aufgebaut habe, Rechnung trage, seien daher ein Gebot der Vernunft. Ihm Rechnung zu tragen, solle umso leichter fallen, als die Steuereinnahmen der Länder im Nachlauf zu der guten Konjunkturentwicklung 2013 auf ein Rekordhoch steigen würden und auch für das Folgejahr ein weiterer Anstieg von den „Steuerschätzern“ prognostiziert werde. Auch seien vor dem Hintergrund der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum Umverteilungen zur Stützung der Binnennachfrage dringend erforderlich: Ein volkswirtschaftliches Faktum, auf das zuletzt völlig zu Recht auch Bundesfinanzminister Schäuble öffentlich aufmerksam gemacht habe – unter Hinweis übrigens auch auf den Zusammenhang von binnenwirtschaftlicher Stützung der deutschen Volkswirtschaft und dadurch steigender Exportchancen auf Seiten der Krisenländer in der Eurozone.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erwarteten von der TdL ein verhandelbares Angebot.

Parallel zur Tarifrunde mit der TdL hat die GdP einen Film zur Tarifrunde 2013 produziert, der zeigt, worum es geht! Der Film ist auf www.gdp.de sowie in YouTube unter GdP Tarifrunde 2013 zu finden. Der sehr erfolgreiche Clip verzeichnete bis Redaktionsschluss mehr als 3.200 Zugriffe.

koer/hol



Entschlossen, aber gelassen: (v. l.) Achim Meerkamp (ver.di-Bundesvorstand), GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske vor Beginn der ersten Verhandlungsrunde.

Foto: Holecek

hen gegeben, dass wir eine unterschiedliche Bezahlung gleicher Arbeit auf Bundes- und Landesebene nicht weiter hinnehmen. Nicht nur zwischen Bund und Ländern hat sich im öffentlichen Dienst die Einkommensschere geöffnet. Der Abstand zur privaten Wirtschaft ist noch größer gewor-



Kurz vor Redaktionsschluss: Starke Unterstützung erhielten die Verhandlungsführer der Gewerkschaften vor Beginn der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern Mitte Februar in Potsdam. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut begrüßt hier Kollegen des Landesbezirks Berlin. Über den weiteren Verlauf der Tarifrunde 2013 berichtet DEUTSCHE POLIZEI in der April-Ausgabe und aktuell auf www.gdp.de und in der GdP-App.



SOZIALES

Mehr Arbeit – weniger Leben?

Der arbeitende Mensch hat einen Anspruch auf eine ausgewogene Balance von Erwerbs- und Privatleben. In allen Lebensphasen sollten die unterschiedlichen Bedürfnisse einen angemessenen Raum finden. Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben stellt in der Mitte des Lebens andere Anforderungen als beim Berufseinstieg oder kurz vor der Rente beziehungsweise Pensionierung. Mit den Herausforderungen des Wandels der Altersstruktur insbesondere für den Polizeibereich hat sich die Gewerkschaft der Polizei in den vergangenen zehn Jahren immer wieder befasst. Die Folgen des Personalabbaus und die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Altersaufbau waren häufig Themen in Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung und Anlass für Demonstrationen. Zentraler Punkt ist immer wieder die beschlossene Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre, die heute alle Beschäftigtengruppen, egal ob Tarifbeschäftigte, Verwaltungsbeamte oder Polizeibeamte, betrifft.

Die Bundesregierung hat seit 2010 einen gesetzlichen Auftrag, regelmäßig über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Beamtinnen und Beamten zu berichten und dabei unter anderem auch deren wirtschaftliche und soziale Situation zu berücksichtigen. Dieser Pflicht ist sie nachgekommen und hat im Oktober 2012 einen entsprechenden Bericht vorgelegt, der jedoch bei Weitem nicht die Erwartungen der Gewerkschaft der Polizei erfüllt hat. Die getroffenen Feststellungen haben aber eine allgemeine Gültigkeit zum Verhältnis Leben und Arbeit. Jetzt, wo ein Mangel an Nachwuchs eingesetzt hat, wird die Keule des demografischen Wandels geschwun-

gen, die Anhebung der Lebensarbeitszeit mit der gestiegenen Lebenserwartung begründet. Gleichzeitig fehlt jedoch jegliche Auseinandersetzung mit der Frage, was es für die Bediensteten konkret bedeutet, und wie es sich auf ihr Leben und ihre Gesundheit auswirkt, länger arbeiten zu müssen. Dabei wird die Anhebung der Altersgrenze massiv ihr Leben beeinflussen.

Lebenserwartung ist mehr als eine Zahl

Die prägende Erfahrung der um 1960 Geborenen ist, dass sie immer zu viele

waren: in der Schule, an der Uni oder auf dem Arbeitsmarkt. In der Bevölkerungspyramide folgte ihnen sodann der sogenannte Pillenknick und später die taffe Leistungsgesellschaft mit ihrem Vorrang der Karriere vor dem damit kaum noch zu vereinbarenden Kinderwunsch. Das Älterwerden dieser Generationen veränderte die Zusammensetzung unserer Gesellschaft, die zudem etwas sehr Schönes lernen muss – 70, 80 oder auch 90 Jahre alt zu werden. Aus der einstigen Pyramide ist ein hoch gewachsener Pilz geworden.



Jörg Radek

Foto: privat

Lebenserwartung ist aber nicht nur eine statistische Zahl, die errechnet werden kann und die durch Lebensstil und Alltagsgewohnheiten beeinflussbar ist. Lebenserwartung ist auch nicht nur das Gegenstück zur Sterblichkeit. Sie ist zudem die individuelle und höchstpersönliche Erwartung, die wir an unser Leben und gegenüber der Gesellschaft haben. Doch damit beginnt die politische Herausforderung.

Arbeiten, um zu leben oder leben, um zu arbeiten?

Die Erwerbswelt ist in ihrer Gegenwart



IT'S ALL PART OF THE JOB!

Englisch für die Polizei



– Lehrbuch –

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Eva Heinrich, Michael Popp, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

10. Auflage 2011,
360 Seiten
Format 17 x 24 cm,
Fadenheftung, Broschur
ISBN 978-3-8011-0659-1
20,90 € [D]

Seit gut 20 Jahren leistet dieses Lehrbuch in der Polizei für den berufsbezogenen Englisch-Unterricht und für das Selbststudium wertvolle Dienste. Zu Recht gilt es unter Lehrenden und Lernenden mit sprachlichen Basiskenntnissen als ein Standardwerk in der polizeilichen Fremdsprachenausbildung.



– Sprachführer –

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

2., völlig überarb.
Auflage 2006, 256 Seiten,
Format 17 x 24 cm,
Broschur
ISBN 978-3-8011-0539-6
19,90 € [D]

Dieser Sprachführer enthält typische Situationen aus der polizeilichen Praxis in deutscher und englischer Sprache. Er trägt dazu bei, dass Polizeibeamte, die über die entsprechenden Vorkenntnisse des Englischen im allgemeinsprachlichen Bereich verfügen, solche und ähnliche Situationen auf dem fachsprachlichen Gebiet selbstständig und ohne Hilfe bewältigen.



– Wörterbuch –

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

4. Auflage 2010,
Format 11,5 x 17,5 cm
Seiten 424, Fadenheftung
mit Kunststoffeinband
ISBN 978-3-8011-0650-8
16,90 € [D]

In Zeiten zunehmender Globalisierung ist dieses englisch-deutsche/deutsch-englische Nachschlagewerk mit ca. 20 000 Begriffen und Wendungen aus dem polizeilichen Sprachgebrauch eine unverzichtbare Hilfe zur Bewältigung vielfältigster Situationen in der täglichen Polizeiarbeit.



Am besten gleich alle drei Bücher zusammen bestellen und 11,80 EUR sparen!

Paketangebot:

Lehrbuch + Wörterbuch
+ Sprachführer

ISBN 978-3-8011-0562-4
45,90 € [D]



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

und Zukunft weitgehend von Hektik, der Erwartung der permanenten Erreich- und Verfügbarkeit sowie immer höheren Belastungen geprägt. Persönliche Belange haben in der Regel am Arbeitsplatz keinen Platz. Auch hier gibt die Bundesregierung in ihrem Bericht ein schlechtes Beispiel ab. Sie stellt den Mensch im Rahmen der „Demografiestrategie“ als eine Art Arbeitsmaschine dar, die die Steigerung der biologischen Lebenserwartung zuallererst mit dem Wunsch des längeren Arbeitens verbindet. Aber nicht nur dies ist Unsinn, sondern auch die Erwartungshaltung, dass wir, solange nur die Arbeitsbedingungen stimmen, optimal leistungsfähig sind.

Der Mensch funktioniert nicht auf diese Weise. Die Menschen haben Lebensentwürfe, die sie verwirklichen wollen. Wer den Menschen eine Perspektive entwickeln will, muss sie aus ihren Lebenssituationen abholen. Private Schicksalsschläge oder Krisen widerfahren nahezu jedem mindestens einmal im Leben. Da sorgen auch sichere und gesunde Arbeitsbedingungen nicht dafür, dass die betroffene Person leistungsfähig bleibt. Es müssen daher ein solches Gedankengut und solche Mechanismen geschaffen werden, die einen vorbildlichen Umgang der Arbeitgeber und Dienstherren mit menschlichen

Schwächen gewährleisten, anstatt sie zu verleugnen. Auch im Arbeitsleben existiert der Mensch ganzheitlich. Es wird der Wirklichkeit und Lebensrealität keineswegs gerecht, wenn nur solche Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die das Optimum voraussetzen. Auch für eine beschäftigtenfreundliche Gestaltung speziell der polizeilichen Arbeitswelt belässt es die Bundesregierung lediglich bei wohlklingenden Absichtserklärungen. Eine auch nur im Mindestmaß konkrete Strategie für ein wirkungsvolles Gesundheitsmanagement sowie deren Umsetzung fehlen.

Gesetz flopte

Jüngstes Beispiel: das Familienpflegezeitgesetz aus dem Jahr 2011. Es gibt einen

Bedarf für eine Familienpflegezeit von circa 1,6 Millionen Beschäftigten, aber nur rund 200 Nutzer. Das Gesetz entpuppte sich als Flop. Gründe dafür sind nicht nur der fehlende Rechtsanspruch auf die Gewährung der Familienpflegezeit, sondern auch die fehlende Flexibilität des Modells. Nicht wegen der Idee, sondern wegen der unzureichenden Ausführung wurde das Familienpflegezeitgesetz seitens des DGB und dessen Einzelgewerkschaften ausdrücklich kritisiert. Dass es dennoch in Kraft getreten ist, beweist, wie weit Bundesfamilienministerin Christina Schröder bei der Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, einem Kernthema des demografischen Wandels, vom Volk entfernt ist. Nun wurde dieses dürftige Gesetz Ende 2012 eins zu eins in das Beamtenrecht übertragen. Dies zeigt: Zur Bewältigung der Aufgaben, die durch den sich ändernden Altersaufbau der Gesellschaft



Nur so viel Holz schlagen, wie durch Neupflanzungen nachwächst.
Foto: Gottfried Czepluch/dpa

entstehen, fehlt es in der Bundesregierung an vielem.

Marketing in eigener Sache

Auch der aktuelle Bericht über die Anhebung der Altersgrenzen bei Bundesbeamten lässt den Eindruck entstehen, dass die Bundesregierung lieber Marketing in eigener Sache betreibt, anstatt sich einmal wirklich damit zu beschäftigen, wie es sich auf das Leben und auf die Gesundheit eines Polizeivollzugsbeamten, eines Zollbeamten, eines Handwerkers oder eines Technikers tatsächlich auswirkt, in Zukunft zwei Jahre länger als heute üblich arbeiten zu müssen und ob daran gemessen die Anhebung der Altersgrenze gerechtfertigt ist oder nicht.

Das einzige, was ohne jeden Zweifel gestiegen ist, ist die Lebenserwartung. Allein daraus den Schluss zu ziehen, dass in der Folge der Wunsch entstünde, auch länger zu arbeiten, ist falsch. Bereits jetzt liegt die Lebenserwartung der heutigen „Endfünfziger“ und „Mittsechziger“ höher als vor 30 Jahren. Angesichts der parallel verlaufenden stetigen Steigerung der Arbeitsbelastung ist fast zwangsläufig davon auszugehen, dass der Berufstätige von heute wie auch der Berufstätige von morgen seine gesteigerte Lebenserwartung primär dazu nutzen will, auch endlich einmal zu leben und zwar gerade nicht im Sinne von „Leben, um zu arbeiten“.

Folgeabschätzung ist unterblieben

Die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde von 1991 bis 2010 um insgesamt 1,6 Millionen Beschäftigte und damit mehr als 30 Prozent reduziert. Zieht man Bahn- und Postprivatisierung sowie die Strukturveränderungen bei der Bundeswehr ab, bleibt immer noch eine Reduzierung um elf Prozent. Auf Bundesebene beruht die Stellenkürzung von rund 30 Prozent insbesondere auf weniger Soldaten. Aber auch in der Finanzverwaltung ist die Zahl der Beschäftigten rückläufig, auf Landesebene sind dies etwa 25 Prozent. Kürzungen wurden insbesondere in den Bereichen Soziales und Gesundheit vollzogen.

Besorgniserregend ist zudem die gängige Praxis, ältere Beschäftigte, die in den Ruhestand oder in die Rente entlassen werden, nicht zu ersetzen. In den nächsten Jahren scheiden jährlich bis zu 140.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst aus. Gegenwärtig schließen aber nur 70.000 Anwärter und Auszubildende pro Jahr ihre Ausbildung ab. Der Begriff Nachhaltigkeit im Sinne des Bergoberhauptmanns Hans Carl von Carlowitz aus dem Jahre 1713 hat als Prinzip der Personalentwicklung in den vergangenen Jahren nicht funktioniert. Es dürfte nur so viel Holz geschlagen werden, wie durch Neupflanzungen nachwächst.

Dies hat zur Folge, dass immer weniger Beamte mehr Aufgaben in der gleichen Zeit erledigen müssen wie vor der Anhebung der Altersgrenze und dies nun auch noch zwei Jahre länger. Bei den Bundesbeamten wurde zudem 2005 bereits die Wochenarbeitszeit erhöht. Darüber hinaus erläutert der Bericht nicht, wie die unstrittige Zunahme der Aufgaben und stetige Arbeitsverdichtung mit der Anhebung



der Lebensarbeitszeit und zusätzlicher Abschaffung der Altersteilzeit konkret zusammen passen.

Nicht rechtzeitig Rücklagen gebildet

Regierungskunst ist das Erkennen von Herausforderungen sowie die Entwicklung und Durchsetzung von geeigneten Lösungen. Mit der Idee, dass aufgrund der steigenden Lebenserwartung der Wunsch nach einem längeren Arbeitsleben entsteht, der sogar förderungswürdig und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit damit erstrebenswert sei, will die Bundesregierung jedoch gezielt darüber hinwegtäuschen, dass die Anhebung der Altersgrenze nur eine Notlösung auf Kosten der Beschäftigten ist, weil die Bundesregierung zuvor erforderliche Maßnahmen unterlassen hat und bis heute unterlässt: Es wurden nicht rechtzeitig Rücklagen für Rente und Versorgung gebildet. Des Weiteren werden notwendige Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsausbildung auf diese Weise hinausgeschoben oder gar ersetzt.

Auch wird die Schaffung dringend benötigter neuer Planstellen umgangen. Vor den Folgen von Einstellungsstopps und Personalabbau zu warnen, überließen die Parlamente in den Ländern und beim Bund zudem den zuständigen Gewerkschaften und Verbänden.



Beschäftigte fühlen sich nicht selten im Regen stehen gelassen.

Foto: Zielasko

Was zu tun wäre ...

Die Dienstleistung der Polizei ist eine Aufgabe von Menschen an Menschen und ihre Handlungsfähigkeit hängt auch vom Wohlbefinden der Beschäftigten ab. Das Vorhandensein eines solches Wohlbefindens drückt sich wiederum in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

und auch von Pflege und Beruf aus. Es existiert daher ein berechtigtes Interesse der Gesellschaft, dass diese Aspekte stärker berücksichtigt werden als bisher. Bisher stand die Aufgabenerledigung ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. Doch aufgrund des Bevölkerungsrückgangs gewinnt der Faktor Mensch an Bedeutung. Die Waage neigt sich.

Reise & Erholung

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z.B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66

Machen Sie sich ein Bild unter

www.mittelschwarzwald.de

Sie werden begeistert sein!

Adria Riccione, Familienhotel Ermeti, 40 m vom Strand, Frühstücksbuffet, Menüwahl, Parkpl., Familienrabatt und GdP-Rabatt 3%, www.hotelermeti.it

Berlin-Mitte, FeWo bis 5 P., 2 Schlafz., Wohnz. mit Balkon, Küche, Bad, ab 40 €/Tag, Tel. 0 30 / 4 02 66 93

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41 / 7 118, www.ferienwohnung-gammer.de

Ostsee

Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise. Tel.: 0 45 63 / 7 0 2 1, Ostsee@gmx.info www.ostseeferienwelt.de

Südschweden/Vissefjärda; gepfl. WoHs zu verkaufen, ca. 140 m² + Garage, VS; auch als FeHs zu mieten; www.ferienhaus-schweden-hsf.com/de/fs0264.html; Tel.: 0 41 39 / 69 98 80, E-Mail: hhdn@web.de

Fehmarn/Ostsee

2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison **Telefon: 0 40 / 6 78 4 5 8 1** www.fehmarn4family.de

off. Motorradtreffen für Polizeibeamte/Ang. Nähe Göttingen 14.-16. 6. + 9.-11. 8. 2013 Infos: Tel.: 01 60-6 65 45 14 (Schöne) oder aida100@web.de

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT

Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05 www.mauritius-traumvilla.de

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Sommerpauschale

„All in One“
gültig vom 15.6. bis 30.9.2013

1 Woche Halbpension + Silvrettacard ab 280 €

Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inkl. Wellness, Swimming Pool, gratis WLAN und Mountainbikeverleih. Super Programm f. Kinder u. Jugendl. Kinderermäßigungen!

Neu: Badesee und Freizeitanlage

Hotel Post ***
Fam. Handl.

A - 6553 SEE

Tel. +43-5441-8219
Fax +43-5441-8219-4

www.postsee.at
info@postsee.at

Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € **157,-**

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
 Telefon: 0043 5252 6721

30 3 – 2013 Deutsche Polizei

Zukunftsfaktor ist die Balance zwischen Arbeiten und Leben

Die Sozialverträglichkeit des Handelns von Unternehmen und Verwaltungen wird über die Gestaltung der Beziehungen zu ihren Mitarbeitern geprägt. Dies ist eine strategische Aufgabe, weil die Attraktivität des Arbeitgebers davon geprägt wird. Doch es gibt eine zweite Chance. „Nachhaltig ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen.“ (Aus dem Brundtland-Report, 1987)

Soziale und ökonomische Faktoren im Rahmen des Nachhaltigkeitsmanagements können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Sozialverträgliches Wirtschaften von Unternehmen und Verwaltungen

kann nicht nur zu gesellschaftlicher Anerkennung führen, sondern auch zur Erhöhung der Reputation beitragen. Nachhaltiges Management erfordert für die Organisation der Polizei, dass die sozialen Folgen von Arbeitsabläufen für die Menschen abgeschätzt und auf ihre Wirkung hin überprüft werden müssen.

Mit der planvollen Deckung der Bedürfnisse der Beschäftigten unter Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse steigert sich nicht nur die Attraktivität als Arbeitgeber gegenüber den vorhandenen Mitarbeitern. Familienfreundlichkeit wird darüber hinaus ein Wettbewerbsvorteil am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sein.

„Für viele jüngere Menschen entspricht die traditionelle Geschlechter- und Rollenverteilung insbesondere in einer Familie nicht mehr ihren Wertvorstellungen. Sie suchen nach Lösungen für eine Lebens-

form einer partnerschaftlichen Familie, in der beide Geschlechter gleich verantwortlich die Aufgaben in Familie und Haushalt aufteilen. Die Förderung eines partnerschaftlichen Familienansatzes wird zunehmend zwingender, um den jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier eine Perspektive zu bieten. Gleichzeitig sollten Männer unterstützt werden, die sich stärker in der Familienarbeit, wie zum Beispiel bei der Kindererziehung oder im Rahmen von Pflege, engagieren möchten.“ Diese Feststellung trifft das Bundesministerium des Inneren im Juni 2012. Ein Erkenntnisproblem liegt also nicht vor.

Die Schlussfolgerung muss jedoch sein, den übertriebenen Wirtschaftlichkeitsansatz durch die Zuwendung zu den Menschen zu ersetzen.

*Jörg Radek,
stellv. GDP-Bundesvorsitzender*

GDP VOR ORT

3.400 Einsatzkräfte schützen Münchner Sicherheitskonferenz

Münchens Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer schaut wehmütig: „In den 90er-Jahren bewältigte die Münchner Polizei die Wehrkundetagung, wie die Münchner Sicherheitskonferenz damals noch hieß, mit zwei Streifenwagen.“ Im Jahr 2013 hingegen benötigte es rund 3.400 Einsatzkräfte aus Bayern, der Bundespolizei und mehreren Bundesländern, um das Großaufgebot internationaler Politiker, Medienvertreter und Gäste zu bewältigen.

Über 400 hochrangige Politiker, Militärs und ranghohe Wirtschaftsführer kamen in den traditionsreichen Bayerischen Hof der Landeshauptstadt, darunter 70 Außen- und Verteidigungsminister, 90 Regierungsdelegationen aus aller Welt, fünf europäische Kommissare, fünf Bundesminister sowie 60 Bundestagsmitglieder.

139 Schutzpersonen, untergebracht in fünf Hotels erforderten ein Höchstmaß an Sicherheit. 400 Polizisten eskortieren die hochkarätigen Gäste vom Flughafen zum Tagungshotel. Allein die Wagenkolonne des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden zählte 40 Fahrzeuge. Die Münchner Polizei musste 1.300 Verkehrsschilder neu aufstellen, so lange, bis keine mehr da waren. Das Spektakel beobachteten 800 akkreditierte Journalisten aus dem In- und Ausland.

Dagegen zählte die zeitgleich stattfindende Demonstration des „Aktionsbündnisses gegen die Sicherheitskonferenz“

für die Polizei noch zu den leichtesten Übungen. Bei Regen und Kälte fanden sich rund 2.000 überwiegend friedliche Teilnehmer am Stachus ein. Die meisten von ihnen vermissten die RAF-Terroristin Inge Viett nicht, die als Hauptrednerin angekündigt war, dann aber zurückgezogen wurde, weil sich zu viele Mitglieder des Aktionsbündnisses über ihre Teilnahme beschwert hatten. Eine Rangelei zwischen nationalistischen Türken und mehreren Kurden und das Abfackeln bengalischer Feuer durch Angehörige des etwa 300 Per-



Ob Kaffee, heiße Suppe, Tee und das alles auch in exotischen Varianten: ... hat alles Platz in seinem Bauchladen.

Foto: Holeczek



GDP VOR ORT

sonen starken schwarzen Blocks beendete die Polizei schnell. Acht Teilnehmer wurden letztlich in Gewahrsam genommen, zwei hatten sich verumtumt, was allerdings in München seit drei Jahren nur noch als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, ebenso die Passivbewaffnung – sehr zum Bedauern des Münchner Polizeipräsidenten. Schmidbauer: „Das Gegenüber stellt sich sensibel auf die Polizeitaktik und die Gesetzeslage ein.“ Will heißen: Jede Lücke wird genutzt, eine Erfahrung, die die Polizei auch an anderen Demonstrationsschwerpunkten sammelt.

Auch für den Landesbezirk Bayern der Gewerkschaft der Polizei bedeutet der alljährliche Großeinsatz im Herzen der Landeshauptstadt einen organisatorischen Kraftakt. Alexander Baschek, Organisationssekretär des Landesbezirks: „Die Teilnehmerzahl der Konferenz wächst ebenso

Jahr für Jahr wie die Zahl der Einsatzkräfte. Dennoch haben wir den Ehrgeiz, die Kolleginnen und Kollegen optimal zu betreuen.“

Mittlerweile wuchs auch die Zahl der freiwilligen Helfer des GdP-Landesbezirks, die sich vom Polizeipräsidentium aus mit kleinen Aufmerksamkeiten und warmen Getränken bewaffnet, zu jeder Tages- und Nachtzeit zu den Einsatzkräften auf den Weg machen und durch ihren direkten Draht mit der Einsatzführung auch in der Lage sind, kleinere und größere Probleme schnell aus dem Weg zu schaffen. Baschek: „Die größte Herausforderung für die eingesetzten Kräfte sind die in dieser Jahreszeit sehr winterlichen Temperaturen. Nach den vielen Stunden draußen, wird jedem saukalt, egal, was er anhat.“ Dennoch bemühen sich sowohl die Polizeiführung wie auch der GdP-Landesbezirk, dass keine Klagen aufkommen. Die Münchener Si-

cherheitskonferenz (MSC) hat sich nach Ansicht von Beobachtern in den letzten Jahrzehnten zu dem weltweit wichtigsten unabhängigen Forum zum Gedankenaustausch von Entscheidungsträgern der internationalen Sicherheitspolitik entwickelt. Nach den Präsidentschaftswahlen in Russland und den Vereinigten Staaten trafen der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Lakhdar Brahimi, US-Vize Joe Biden und der russische Außenminister Sergej Lawrow in München auf inoffizieller Ebene zusammen und stellten Weichen für die künftige internationale Sicherheitspolitik. Für das nächste Jahr erwartet der Vorsitzende der Konferenz, Wolfgang Ischinger, ehemals Staatssekretär des Auswärtigen Amts und deutscher Botschafter in Washington und London, wieder ein Großaufgebot an prominenten Gästen. Dann feiert die MSC ihr 50. Jubiläum.

hol.

Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

Beamendarlehen supergünstig

5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH
EG, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6.D. Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratendarlehen, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldsversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten. Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10000 €

45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

20 bis 100.000 Kredite ohne monatliche Belastung durch Immobilienerwerb.

Korrekte notarielle Abwicklung wird garantiert.

**Infos unter:
01 57-35 71 08 33**



www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 10075



www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtenkredite.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weselo

Polizei-Delegation aus Kenia besucht GdP

Eine Delegation der National Police Service Commission of the Republic of Kenya informierte sich am 5. Februar 2013 über den Aufbau, Aufgaben und Arbeit der Gewerkschaft der Polizei und ihre Einbindung in die Organisation der europäischen Polizeigewerkschaften Euro-COP. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut erläuterte den Gästen, deren Aufenthalt von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert worden war, auch die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland, die Systematik der laufenden Tarifverhandlungen und die GdP-Forderungen zur Verbesserung der Personal-, Einkommens- und Ausstattungssituation.

Auf unserem Bild: der GdP-Bundesvorsitzende mit dem Vorsitzenden der National Police Service Commission, Johnston Kavuludi (vierter von rechts) und die Delegationsmitglieder (von links) Murshid Mohammed, Esther Chui, Shadrack Mutia Muiu, Elisabeth Bollrich von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Mary Owuor.



Foto und Text: Holecek

BIKERTREFFEN

Einladung zum fünfjährigen Gründungstreffen der Blue Knights Germany XXXII „Alb – Donau – Bodensee“



Zu ihrem fünfjährigen Jubiläum veranstaltet das Chapter Germany XXXII des Polizei-Motorradclubs Blue Knights in der Zeit vom 28. - 30. Juni 2013 in Friedrichshafen am Bodensee ein internationales Treffen – mit Gesprächen, Ausfahrten oder Live-Musik.

Eingeladen sind alle Blue Knights (ein Zusammenschluss von Motorradfahrern aus Organisationen mit Festnahmerecht, also Polizei, Zoll und Feldjägern) aus dem In- und Ausland.

Auch Mitglieder von Clubs anderer Behörden wie Justiz oder Feuerwehr sind willkommen und können anfragen.

Anmeldungen und Infos sind möglich über die Homepage www.bkg32.de
Fragen sind zu richten an:
anmeldung@bkg32.de

Das Treffen dient auch dazu, zwei gemeinnützige Einrichtungen jeweils mit einer Spende zu unterstützen.

Ahmed Weißschuh



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

kam bis heute nicht in den Genuss „des Tagesdienstes“! Ich versehe seit Jahr und Tag „Schichtdienst“ auf einem kleinen Landrevier in BW. Das alles mit Herzblut und aus voller Überzeugung, zu Ostern, Pfingsten, Weihnacht und Fasching, bei Wind und Wetter, Tag und Nacht, Monat für Monat und Jahr für Jahr. In meinem Dienst als Streifendienstbeamter ist es völlig normal, die Endsachbearbeitung u.a. für folgende Delikte zu übernehmen.

- alle Verkehrsunfälle, bis hin zu WE-Meldepflicht, also auch tödliche ... ,
- Ladendiebstähle, Einbruchdiebstähle bis hin zu TWE,
- Körperverletzungsdelikte, einschl. Disco-Schlägereien,
- Alkohol- und BTM-Delikte in- und außerhalb Verkehr,
- Vergehen/Owi nach allen strafrechtlich Nebengesetzen.

Das alles wird von einem Streifendienstbeamten auf einem Landrevier als selbstverständlich erachtet. In anderen (L)PD'en werden diese Sachverhalte teilweise von der Kripo, zumindest aber von den Bezirksdiensten bearbeitet.

Nicht erwähnt sind hier die intern zusätzlich angeordneten Einsätze bei

- Sportveranstaltungen (hier: Oberliga-Fußball),
- jährliche Open Air – Veranstaltung (Heavy-Metal-Concert),
- Angeordnete Gurt-Kontroll-Wochen,
- Angeordnete Laser-Messungen,
- Amok- und Schießtraining,
- Schulungen (intern & extern),
- Unterstützung personalschwacher Dienstgruppen,
- u.v.m.

Alle an mich gestellten Anforderungen und Aufgaben habe ich bis heute unter Aufopferung meiner Gesundheit und des Familien- und Vereinslebens erfüllt!

Je nach Vorgesetztem, mit schlechter, wenig guter oder guter Beurteilung.

Ist doch eine stolze Leistung und eine immer wiederkehrende Demütigung für mich, nach über 31 Dienstjahren noch immer in A 8 besoldet zu sein, obwohl ich noch keine goldenen Löffel gestohlen habe und in „POLAS negativ“ bin.

Ich frage mich in diesem Zusammenhang, ob nicht mancher „Burn-out“ zumindest fahrlässig herbei geführt wurde und damit menschlich wie dienstlich vermeidbar war. Aus dem Artikel „Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird“ aus der DP 1/13 zitiere ich:

- Gute Arbeit muss sich für jeden Mitarbeiter lohnen,
- Vorgesetzte müssen für Ihre Mitarbeiter/innen einstehen,
- Die Führung gefällt sich als Säbelzahn-tiger,
- Vertrauen, Ehrlichkeit, Ansprechbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung: Das kostet doch nichts!

Nur diese paar Schlagworte aus erlesenem Kreise genügen, um festzustellen, dass das Burn-out-Syndrom zu großen Teilen „hausbacken“ und damit intern verursacht ist.

Dazu trägt dieses unsägliche und ungerechte Beurteilungssystem in BW den Löwenanteil dazu bei, dass immer mehr Beamte dem Burn-out verfallen.

Ein Polizeibeamter muss sich mit 25, 30, oder gar wie ich, nach 37 Dienstjahren nicht mehr „beurteilen“ lassen, um wiederum mitgeteilt zu bekommen, dass man nicht in das Endamt befördert werden kann!!!

Ein Umdenken aller Führungsebenen, vom Revierführer bis in die Ministerien und das „Kappen“ dieses unsäglichen Beurteilungssystems ist angezeigt.

Die besorgniserregende Entwicklung der Burn-out-Fälle in BW wird weiter zunehmen, sollte sich in dieser Hinsicht nichts ändern, wetten ?

Volker Bechtold, Balingen



Es ist seit Jahren interessant zu verfolgen, dass man in immer wiederkehrenden Berichten über Burn-out, psychosomatischen Erkrankungen, posttraumatischen Störungen und Ähnlichem berichtet.

Die Frage, die sich meinen Kollegen und auch mir stellt, lautet aber, „wann tut sich was“? Und letztlich für wen? Die Einführung von asiatischen Selbstfindungs- und Entspannungskursen oder neuzeitlichen Power Napping Räumen ist doch nur Alibi, um sagen zu können „schaut mal, wir tun was für euch“. Leider vergisst man aber den „Vollzeitäquivalenten“ auch das entsprechende Zeitfenster mitzuliefern, um etwaige Angebote auch entsprechend regelmäßig annehmen zu können. Jedem Dienstthund geht es besser als den meisten Kollegen. Feste Arbeits- und Ruhezeiten: Fellpflege würde ich mir da auch gelegentlich wünschen.

Als der Sparirrsinn im Land begann wurde zuerst an Neueinstellungen gespart.

Dann an unseren Gehältern, an der Ausrüstung und letztlich auch an der Fortbildung. Mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn wurde ein zusätzlicher, erheblicher Stressfaktor geschaffen. In geradezu menschenverachtender Art und Weise werden hier viele gute Polizisten aufs Abstellgleis geschoben und verprellt. Die Wertschätzung der Kollegen, die sich jeden Tag aufs Neue ans Ruder setzen, um den maroden sinkenden Kahn auf Kurs und über Wasser zu halten, ist völlig verloren gegangen. Lob und Anerkennung fallen Statistiken und Geschäftsanweisungen zum Opfer. Zwischenmenschlichkeit bleibt auf der Strecke, das Betriebsklima sieht einem eiszeitlichen Klimawandel entgegen.

Das Einzige, was kontinuierlich ansteigt, ist die Anzahl der Kolleginnen und Kollegen, die stressbedingte Ausfälle haben oder aufgrund diverser unverschuldeter Tiefschläge bereits die innere Kündigung eingereicht haben.

Immer größer werdende dienstliche Belastungen, wie gerade im Berliner Evaluierungsbericht zu lesen ist, macht uns zu schaffen. Hinzu kommt, das alte und gute Führungskräfte durch hochgezüchtete Verwalter ersetzt werden. In einem Berliner Zeitungsbericht war kürzlich die Schlagzeile zu lesen „Berliner Polizisten werden zu alt“. Mit einem Altersdurchschnitt von 47 Jahren in den meisten Dienstgruppen ist die Berliner Polizei zu alt. Um hier schnelle und konstruktive Abhilfe zu schaffen, bedarf es eigentlich nur der Erhöhung der Anzahl von Vollzeitäquivalenten und die Erkenntnis, dass der Mitarbeiter doch nicht nur eine Dienstnummer und somit eine Variable in der Unendlichkeit ist.

Nie war das Beruf des Polizisten so unattraktiv wie in diesen Tagen. Die innerbetrieblichen Probleme werden auch von der Bevölkerung wahrgenommen. Wenn sich in Politik und Polizeiführung nicht bald ein eklatanter Sinneswandel vollzieht, stirbt ein Berufszweig aus.

Tim Müller, Berlin



Mit großem Interesse habe ich die Berichte über Burn-out in der DP gelesen und freue mich, dass sich die GdP dieser wichtigen Problematik annimmt und wünsche ihr Einwirkungsmöglichkeiten. Ich möchte dazu gerne einige Anmerkungen machen. Es ist zwar zutreffend, dass Burn-out (noch) nicht als psychische Störung (= F-Gruppen) nach dem ICD-



10 Version 2013, wohl jedoch als „Probleme mit Bezug auf Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung“ = Z 73 im ICD 10 erfasst wird. Explizit wird dort Burn-out (=Ausgebrannt sein) genannt. Die Einteilung dürfte jedoch das Geringste aller Probleme sein. Burn-out betrachte ich als eine Belastung, die sowohl eine negativ körperliche, psychische als auch psychosoziale Wirkung erzeugt. Von den Wirkungen zu unterscheiden sind jedoch die Ursachen. Wenn eine Person mit einem Burn-out in meine Praxis kommt, so werde ich mich nicht daran machen können, z. B. das Führungsverhalten des Vorgesetzten zu verändern. Was ich verändern kann, ist seine Einstellung zu den Rahmenbedingungen. Hier bietet die moderne Psychotherapie sehr gute Möglichkeiten, die belastenden Verhaltens- und Gedankenmuster aufzuheben. Studien für Depressionen haben zudem bewiesen, dass eine Medikamenteneinnahme bei der ersten Depression dazu führt, dass die Störung schneller und heftiger zurückkehrt. Auch hier wird dazu geraten, die

Psychotherapie zu nutzen.

Das soll jetzt kein Freibrief für die Vorgesetzten sein, die Launen und Charakterzüge an der Mitarbeiterin/dem Mitarbeiter „auszutoben“. Ich möchte jedoch eine maßgebliche Facette von „Führung“ aus psychologischer Sicht beleuchten: Das menschliche Gehirn strebt stets nach Kontrolle (sogenannte Kontrollüberzeugung). Zufrieden und gesund ist der, der Kontrolle über sein Leben empfindet. Je weniger Kontrolle der Mensch hat, desto unglücklicher ist er. In diesem Zusammenhang bedeutet „Kontrolle“: Die Person versteht die Zusammenhänge und kann sie aktiv beeinflussen. Wenn sie sie nicht mehr beeinflussen, jedoch noch erklären kann, so nimmt der Mensch den Umstand auch noch hin. Grundsätzlich gilt: Je geringer z.B. das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl der Führungsperson ist, desto mehr Kontrolle benötigt er. Man könnte jetzt sicherlich den Vorgesetzten anweisen, habe Vertrauen zu deinen Mitarbeitern (Die Anordnung soll ja mit dem Kooperativen Führungssystem auch funktioniert

haben), aber sie werden es ahnen: es ist ein Fehlversuch. Erfolg hätten Sie nur dann, wenn die Ursache in dem Verhaltensmuster des Vorgesetzten verändert würde. Dieses Kontrollverhalten wird durch den Beruf „Polizei“ eindeutig gefördert und stellenweise gefordert. Z.B. muss die Kriminalität kontrolliert werden, damit sie nicht ausufert oder das Verhalten der Verkehrsteilnehmer muss kontrolliert werden, damit weniger Unfälle passieren. Hier bekommt die Polizeibeamtin/Polizeibeamte also das bestätigende und verstärkende Gefühl, dass Kontrolle gut und richtig ist und verinnerlicht noch intensiver dieses Kontrollverhalten. Als Vorgesetzte/r wird sie/er genau dieses Verhalten unbewusst oder bewusst weiter leben. Diese vielfach unbewussten Handlungsmuster erzeugen permanent das Gefühl: Ich muss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontrollieren, damit die Arbeit auch „ordentlich“ gemacht wird. Das Gespräch miteinander wird vielfach durch eine Excel-Tabelle bzw. Statistik ersetzt, denn die Tabelle sagt aus, wo

Anzeige

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

Sicher leben

Das Präventionsportal PolizeiDeinPartner.de bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

Breit gefächerte Themengebiete, z.B.:

- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Zivilcourage

Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.



Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner



www.PolizeiDeinPartner.de



optimaler gearbeitet werden kann. „Von Oben“ wird mit den gleichen Tabellen kontrolliert, natürlich auch hier zur Optimierung der Arbeit. Es gilt die Bezeichnung „Steuerungsmodelle“. Folge dieser Vorgehensweise ist jedoch: Die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter verliert die Überzeugung, dass sie/er sich kontrollieren kann und nimmt das Gefühl wahr, dass sie/er fremdbestimmt (auch oft hilflos, wehrlos oder machtlos) wird. Dieses Gefühl löst u.a. Stress aus und wird in die Krankheit führen müssen, denn Stress reduziert das Immunsystem erheblich. Wenn dann noch ein Leitbild an der Wand hängt und der/dem Mitarbeiterin/er gesagt wird, dass er „eigenverantwortlich“ (o.ä.) handeln soll, ist das innere Chaos perfekt. Über derartiges Führungsverhalten wird jegliches Vertrauen somit im Keim erstickt. Mit diesen Steuerungsmodellen glaubt die/der Vorgesetzte/r Einfluss nehmen zu können und mit dieser Einflussnahme – wir erinnern uns – fühlt sich das Gehirn der Vorgesetzten/des Vorgesetzten wieder gut. Die Führungsperson lernt also grundsätzlich nicht mehr zu vertrauen, sondern die Kontrollüberzeugung wird weiter forciert, da sie auch einem Belohnungssystem unterworfen ist. Aufgrund der Tatsache, dass sich der „Hans das Hänschen sucht“, wird das System so lange gelebt und vererbt, bis die Belohnung dafür eines Tages ausbleibt. Erst wenn in den Ministerien dieses Modell abgelehnt wird, wird ein Umdenken erfolgen. Es führen doch viele Wege nach Rom!

Will die Polizei den Krankenstand ernsthaft reduzieren, ist es unumgänglich, u.a. eine Krankenstatistik einzuführen und Führungsverhalten auch daran zu messen, wie hoch der Krankenstand ist. Verpflichtende Lektüre für jede/n Vorgesetzte/r sollte hier die „Gallup-Studie“ (<http://www.download.ff-akademie.com/Gallup-Studie.pdf>) sein. Auch Professor Badura hat schon in seinem Arbeitsreport den Zusammenhang zwischen Führung und Krankheit offen gelegt.

Aufgrund meiner Erfahrungen als Dienststellenleiter weiß ich, dass mit Vertrauen grundsätzlich mehr erreicht werden kann, denn mit Vertrauen wird die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert. Die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter erlebt wieder das Gefühl, dass er sich selber kontrollieren kann und das erzeugt wiederum gute Gefühle und gute Gefühle fördern die Gesundheit. Sekundär selbstverständlich auch die geforderten Quoten.

Es gibt sehr viele Ursachen, die ein

Verhalten bestimmen. Das mangelnde Selbstwertgefühl diente hier nur der Verdeutlichung, ansonsten gilt: die Psyche des Menschen ist so individuell wie sein Fingerabdruck. Viele dieser Muster (ca. 80 Prozent) bestimmen uns aus dem Unbewussten, was uns eben nicht bewusst ist und somit für den Menschen selber auch schwer zu entdecken ist. Hier bietet die Tiefenpsychologie eine sehr gute Methode, um belastende Faktoren zu erkennen und zu verändern. Die Muster/Prägungen des Menschen sind in etwa vergleichbar mit der Software eines Computers, da kann ich auch nicht alle Programme im Hintergrund sehen, aber ohne sie würde der Computer jedoch nicht funktionieren.

Natürlich gibt es sehr viel mehr Facetten aus der Psychologie, um Führungsverhalten erklärbar zu machen. Wir leben auch in einer Kommunikationswelt, die wir kaum verwalten können und das bedeutet für jeden von uns auch Kontrollverlust. Der eine löscht Mails, der andere verschiebt sie in einen anderen Ordner und wiederum ein anderer zerbricht daran, weil er es nicht kontrollieren kann und sich überfordert fühlt. Burn-out ist auch das Krankheitsbild der Kommunikationsgesellschaft. (Dr. phil. Miriam Meckel). Des Weiteren leben wir in einer Zahlenwelt, die Aufklärungs- und Verfolgungsquoten müssen stimmen. Solchen Zahlengläubigen sei gesagt: Man kann die Welt nicht mit einer Excel-Tabelle erklären, denn wir bestimmen unser Leben auch weiterhin mit unseren (bewussten und unbewussten) Gefühlen. Die Gefühle sind stärker als der Verstand. Mit meiner langjährigen Erfahrung als Dozent treffe ich die Feststellung – die auch andere Dozentinnen und Dozenten bestätigen –, dass wir seit ca. zehn Jahren eine andere Generation in den Beruf aufgenommen haben. Hier gelten andere Werte und Lebensauffassungen. Wenn sich „Führung“ nicht darauf einstellt, werden wir noch viel mehr „Aussteiger“ haben, als wir sie jetzt schon haben. Zu meinem Dienstbeginn gab es auch schon Kollegen, die „keinen Bock“ mehr hatten, sie waren allerdings kurz vor der Pensionierung. Heute sind es schon die Mitte 30er, bei denen solche Aussagen zu hören sind. Welche Lösung hat die Führung?

Viele sprechen zurzeit von Burn-out. Anzumerken ist, dass nach heutigen Schätzungen ca. 18-20 Prozent aller Jugendlichen psychische Störungen aufweisen. Wenn die Polizei ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, dann werden wir in den nächsten ca. fünf Jahren auch ca.

20 Prozent der Beamtinnen und Beamten mit psychischen Störungen in den eigenen Reihen haben; zusätzlich zu den Burn-out Patienten. Und wie ist der heutige Stand? Haben wir auch heute schon Menschen mit psychischen Störungen in den eigenen Reihen? Wie viele Menschen mit psychischen Störungen sind in Führungsfunktionen? Die Auswahltests lassen solche Störungen nicht erkennen. Vielleicht brauchen zukünftige Vorgesetzte eine Ausbildung, die sie dafür sensibilisiert, Menschen mit solchen Störungen zu erkennen, jedoch nicht zu therapieren. Vielleicht sollte auch die Organisation mehr Psychotherapeuten in den eigenen Reihen im täglichen Dienst im Führungs-, Einsatz- und Ermittlungsbereich vorsehen, das könnte mittel- und langfristig die Krankenrate deutlich reduzieren.

Da das jedoch Zukunftsmusik ist, verweise ich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Trostpflaster auf eine Weisheit von Maria von Ebner-Eschenbach: „Nicht was wir erleben, sondern wie wir es empfinden, macht unser Schicksal aus“ und für die Führungskräfte auf eine Erkenntnis von Tolstoi: „Man kann ohne Liebe Holz hacken, Ziegel formen, Eisen schmieden. Aber man kann nicht ohne Liebe mit Menschen umgehen“.

Karl Menger,
Polizeiakademie Niedersachsen

AKTUELL

Mitgliederzuwachs bei der GdP

Die Gewerkschaft der Polizei verzeichnet einen stetigen Mitgliederzuwachs. Mit mehr als 1.500 neuen Mitgliedern konnte die GdP im Jahre 2012 ihren Bestand auf 173.223 erhöhen. Damit vertrauen 39.697 Frauen und 133.526 Männer der größten Interessenvertretung der Polizei in Bund und Ländern. Seit 2008 ist ein jährlicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. „Dies ist ein Beweis für unsere gute Arbeit und das Vertrauen, das in uns gesetzt wird“, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, „Gleichzeitig spornt es uns an, noch besser zu werden.“

Annette Terweide





– Gefällt mir –

Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist seit einem halben Jahr auf Facebook präsent

Die einen halten es für einen Fluch, die anderen wiederum für einen Segen – Facebook. Immer wieder warnen Datenschützer vor der Lust sozialer Netzwerke wie Facebook und Co. am Sammeln privater Daten. Und trotzdem ist derzeit beinahe ein Siebtel der Erdbevölkerung Mitglied der weltweiten Facebook-Gemeinde. Die Facebook-Mitglieder hegen anscheinend keine großen Sorgen und Bedenken, ihre privaten Daten den überwiegend im Ausland ansässigen Firmen zur Verfügung zu stellen. Es scheint, als ob Facebook auf Menschen einen Sog ausübt, der einen mit Leichtigkeit in das soziale Netz hineinzieht und dann nicht wieder loslässt. Aber wenn dem so ist, was bedeutet das für den potenziellen Nutzer (User), aber auch für Unternehmen und Organisationen? Kann man sich heutzutage überhaupt noch den sozialen Netzwerken entziehen? Und selbst, wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass es noch möglich ist, nicht Teil eines sozialen Netzwerkes zu sein: Darf, man sich ein Nicht-Dabeisein letztlich noch leisten, ohne als uncool, nicht mehr zeitgemäß oder sogar als nicht mehr wettbewerbsfähig zu gelten? Viele große Unternehmen und Organisationen, selbst vereinzelte Landespolizeien, machen es inzwischen unausweichlich vor und haben allein für die Betreuung, Pflege und Wartung des eigenen Facebook-Auftritts Abteilungen ins Leben gerufen. Über mehrere Millionen „Gefällt mir-Klicks“ sind bei Mercedes Benz und Co. keine Seltenheit mehr, und die Polizei Hannover zählt zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon über 112.000. Auch die polizeiliche Online-Präsenz ist in vielen Ländern Europas bereits keine Seltenheit mehr, vielmehr Selbstverständnis. Das derzeitige Composite-Projekt der Europäischen Union (www.composite-project.eu) zeigt auf, dass soziale Medien die Polizei in vielen Bereichen wirksam unterstützen. „Die Präsenz der Polizei in den sozialen Medien hat auf unterschiedlichen Ebenen eine direkte Wirkung auf die Beziehung zwischen Polizei und Bevölkerung. Zum

einen wird eine vertrauensvolle Verbindung zwischen Bürgern und Polizeien aufgebaut. Die Interaktion wird enger, der Dialog verstärkt. Die Polizeiarbeit wird transparenter, Bürger erleben die Polizei als menschlicher und das Ver-



trauen steigt. Verstärkt wird dies durch den in den sozialen Netzen üblichen persönlichen Kommunikationsstil, der im Gegensatz zur gewohnten bürokratischen Behördensprache steht.“ (Quelle: www.fit.fraunhofer.de – Presseinformation vom 6.12.2012)

„Über die Polizeiarbeit wird im Netz in jedem Fall diskutiert. Die Frage ist daher nicht, ob Polizeithemen etwas in sozialen Medien zu suchen haben, sondern wie die Polizeien daran teilhaben und die Vorteile nutzen. Denn, wenn die Polizei nicht selbst aktiv wird, füllen andere die Lücke“, so Projektkoordinator Dr. Sebastian Denef vom Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT.“ Facebook dient nun einmal der Kommunikation. Ich teile mich entweder mit oder auch nicht. Facebook gibt dem User auf einfache Art und Weise die Möglichkeit, andere an dem eigenen Leben teilhaben zu lassen oder von dem Leben der anderen zu erfahren, und das sozusagen immer und unmittelbar. Es ist dabei auch

nicht von großer Bedeutung, ob die vermittelten Neuigkeiten, häufig kurze Satzpassagen, wichtig oder belanglos sind. Das Mitteilungsbedürfnis der Facebook-Nutzer kennt keine Grenzen. Und ganz nebenbei, beinahe zwangsläufig, verschafft Facebook dem Inhaber eines Zugangs eine Vielzahl an „Freunden“. Im wahren Leben heißen solche „Freundschaften“ wohl Bekanntschaften, deren Pflege auch nur eine mäßige Bedeutung zuteilwerden würde. Mittels Facebook ist das jedoch alles überhaupt kein Problem mehr. Bei einer Anzahl von im Schnitt 130 „Freunden“ pro durchschnittlichem Facebook-User ist es daher auch nicht von einer besonderen Tragweite, wenn sich ein Freund einmal gegen den Fortbestand einer Freundschaft entscheidet und die Freundschaft für beendet erklärt.

Man darf daher auch darüber diskutieren und streiten, wie die Konsequenzen dieser neuen Kommunikationsformen aussehen werden, z. B. ob die im sozialen



Miteinander so bedeutsamen und wichtigen zwischenmenschlichen Beziehungen eines direkten, persönlichen Kontakts aufgrund der zunehmenden Kommunikation über soziale Netzwerke negativ beeinträchtigt werden, sich möglicherweise sogar aufzulösen beginnen. Oder ob die in Netzwerken gewählte Sprachform die





Ausdrucksweise Jugendlicher derart verändert, dass letztlich die deutsche Sprache in ihrer Existenz bedroht ist. Ist der gesellschaftliche Werteverfall also nur noch eine Frage der Zeit oder ist alles gar nicht so schlimm, wie man uns häufig weismachen versucht? Denn trotz all der ausgemachten Gefahrenherde gilt es zu erkennen, dass Veränderungen ein Bestandteil unseres Lebens sind und ihr zugleich eine Vielzahl von Chancen obliegen. Denn eines steht unabhängig der permanent zu lesenden und hörenden Gefahrenhinweise weiterhin fest – Facebook existiert und fasziniert.

Facebook eröffnet neue Möglichkeiten. Denn was für Organisationen vor wenigen Jahren lediglich nur durch die Zeitungsannonce, den Fernsehspot oder Radiowerbung zu erreichen gewesen ist, macht Facebook problemlos möglich. Ist es die Außendarstellung der eigenen Organisation, das Bewerben eines Produkts oder die einfache Informationsvermittlung. Facebook bietet die geeignete Plattform, die quasi sämtliche Medien miteinander vereint. Facebook informiert und vermittelt unmittelbar – und das beinahe gleichzeitig mit der Möglichkeit zur direkten Beteiligung.

Es gilt aber auch der menschlichen Naivität Grenzen zu setzen und rechtzeitig bei den Nutzern sozialer Netzwerke für die nötige Internetkompetenz zu sorgen. Denn das Geschäftsmodell der Facebook-Inhaber ist kein altruistischer Goodwill, sondern durchkalkuliertes Gewinnstreben. Aktionäre wollen bedient werden – und dies nun einmal in Form von Dividenden. Von daher ist es mit Facebook, wie so häufig im Leben, es gilt zwischen Chancen und Risiken abzuwägen.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) hat für sich – zumindest vorerst – entschieden, dass die Chancen die Risiken überwiegen und ist seit einem halben Jahr bei Facebook aktiv. Auch wenn sie mit ihren derzeit rund 200 „Gefällt-mir-Klicks“ häufig nicht einmal an die Größe der Freundeskreise einiger ihrer „Follower“ (Verfolger, Folger, Anhänger), also diejenigen Facebook-Nutzer, die immer über die aktuellsten Neuigkeiten rund um die JUNGE GRUPPE (GdP) auf dem Laufenden gehalten werden wollen, heranreicht, kann man durchaus von einem gelungenen Beginn sprechen. Es ist das Ziel, junge Menschen an einem Ort abzuholen, den sie kennen und an dem sie sich gerne aufhalten. Dort, wo sie ohne viel Aufwand und auf einfache Art und Weise an den Informationen, Entwicklungen und Prozessen der JUNGEN GRUPPE (GdP) teilhaben können. Dieser Ort ist Facebook!? Man darf daher gespannt sein, wie sich der Facebook-Auftritt der JUNGEN GRUPPE (GdP) weiter entwickeln wird.

Torsten Rohde

**Der QR-Code führt zur Homepage
www.facebook.com/gdpjg**

3-Stunden Rennen plus Qualifying in Limburg – Eine der größten Indoor Kartbahnen Deutschlands!

Anmeldung erforderlich!
 Nähere Informationen zum Rennen und das Anmeldeformular findet ihr auf der Homepage. Ausrichter sind die Landesjugendvorstände der JUNGE GRUPPE (GdP) Bundeskriminalamt, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Anfragen an den Rennkoordinator bitte unter: Kart@Hunter-Racing.de

Mitteldeutscher GdP-Kart-Cup 2013
20.04.2013

www.gdp.de/hessen

Logos: JUNGE GRUPPE, PVAG, KARTBAHN LIMBURG, HUNTER-RACING, PSG



IMPRESSUM:
 Herausgeber:
 Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
 Stromstr. 4, 10555 Berlin
 Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
 Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
 Torsten Rohde, Sabrina Kunz

JUNGE GRUPPE

Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus

„Ordnung und Vernichtung - Die Polizei im NS-Staat“ unter dieser Überschrift fand im Deutschen Historischen Museum in Berlin 2011 eine Ausstellung statt, die in fünf Monaten mehr als 50.000 Besucher zählte. Mit eindrucksvollen Fotos und Texten wurden Menschenrechtsverletzungen und mörderische Verstrickungen nicht nur der Gestapo (Geheime Staatspolizei), sondern ebensolche von Angehörigen aller Polizeigliederungen des NS-Regimes von 1933 bis 1945 dargestellt.

Die Initiative dazu war schon 2008 von der Innenminister-Konferenz ergriffen worden. Die Deutsche Hochschule der

Polizei (DHPol) in Münster erhielt den Auftrag zur Durchführung. Nunmehr hat die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Zusammenarbeit mit der DHPol als Folge der Ausstellung und nach weiteren Forschungen eine umfangreiche Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt: „Nicht durch formelle Schranken gehemmt – Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus“. Texte, Fotos, Dokumente und eine DVD sind gedacht als Materialien für den Unterricht und die außerschulische politische Bildung. In drei von neun Kapiteln wird die Rolle der Polizei beim Völkermord an Sinti und Roma, am Holocaust, an Verbrechen

an der nichtjüdischen Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten behandelt. Das ist ein erneuter Beweis, dass die Legende von der „sauberen“ Polizei eine im Nachkriegsdeutschland kolportierte Lüge gewesen ist.

Neben weiteren einschlägigen Kapiteln werden an zwei Kurzbiografien von Polizisten (geb. 1909 und 1913) „Handlungsspielräume“ im diktatorischen System aufgezeigt, wie individuell zwischen Karriere, Selbstbehauptung und Widerständigkeit entschieden wurde.

Die Broschüre mit DVD kann beim IBRO-Versandservice, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin oder per E-Mail bei bpb@ibro.de bestellt werden zum Preis von 7 Euro plus 4,60 Euro Portopauschale.

D.B.

TERMINE

Offenes Motorradtreffen für nicht organisierte Biker//Polizei/Justiz/Zoll und Angehörige in Uslar-Fürstenhagen und Oberweser-Oedelsheim bei Göttingen

Zum wiederholten Male findet in der Nähe von Göttingen ein Motorradtreffen für Biker statt.

Die Unterbringung erfolgt im Landgasthof zur Linde//Zur Krone in Einzel- und Doppelzimmern mit Halbpension.

An Programm sind Benzingespräche, gemütliches Beisammensein, Erfahrungsaustausch, Ausfahrten:

- Weserbergland/Hameln
- Einbeck/Kradmuseum/Bad Pyrmont/Emmersee/Köterberg
- Heiligenstadt/Grenzmuseum/Hohe Meissner
- Harz evt. östlicher Harz geplant.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit den Blue Knights und der (IPA) statt.

Die Termine sind: 14.-16.Juni 2013

Gasthaus Krone, Mündener Str. 3, Oberweser-Oedelsheim

Anmeldeschluss 20.4.2013.

9. - 11. Aug. 2013 Gasthaus zur Linde, Ahornallee 30, Uslar-Fürstenhagen

Anmeldeschluss 1.7.2013

Eventuell anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Reinhardshagen gespendet.

Anmeldungen und weitere Infos über Detlef Schöne

Tel. 0160-6654514 oder detlef.schoene@polizei.hessen.de oder detlefschoene@freenet.de

Über eine rege Teilnahme würde sich das Orgateam sehr freuen.

Detlef Schöne



Nr. 3 • 62. Jahrgang 2013 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche
Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:

Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:
Marion Tetzner

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117,
Fax (030) 39 99 21 - 200

E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013



Druckauflage dieser Ausgabe:
179.164 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: Martin Ruetschi/
dpa
Michael Zielasko

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



Ganz legal viel Steuern sparen



Steuerfibel für den Polizeibereich 2012/2013

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **Michael Brenning** und **H. R. Brenning**.

33., überarbeitete Auflage 2012/2013

260 Seiten, DIN A 5, Broschur

10,15 € [D]

Es gibt bestimmte Berufe und Beschäftigungsbereiche, in denen besondere Anforderungen gestellt werden und in denen spezielle Arbeitsbedingungen gelten:

Abordnungen, Versetzungen, Dienstreisen, Lehrgänge, Auslandsaufenthalte und Fortbildung gehören in besonderem Maße zu den beruflichen Begleiterscheinungen der Polizeibediensteten.

Speziell auf die Probleme, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden, ist diese Steuerfibel der Klassiker unter den Steuerspezialisten.

Eine programmierte Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommenssteuererklärung. Über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile. Immer auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung.

Unser
Paketangebot:
Steuerfibel +
CD-ROM



Steuerbookware für den Polizeibereich 2012/2013

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM.

Von **Michael Brenning** und **H. R. Brenning**.

33., überarbeitete Auflage 2012/2013

Paketpreis:

19,80 € [D]

Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was Vater Staat an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

LKW-Plane ist ein robustes Material, bei dem die erste Assoziation sicher nicht in Richtung Design und Komfort geht. Und doch hat HALFAR® aus diesem Material eine Serie TRINITY entworfen, die mit cooler Eleganz und aufwändigen Extras überrascht. Die Farben weiß, anthrazit und grau spielen perfekt zusammen. Besonders augenfällig: z.B. der große Überschlag und der aufwändig gearbeitete gesteppte Rücken. Dank feinen Details wie Kopfhörerausgang und Metallschnallen meistern diese Taschen Alltagsaufgaben luxuriös.



HALFAR



Tablet PC Hülle TRINITY

Quasi das Silbertablett für Tablets

Ausstattung: gepolstertes Hauptfach mit Einsteck-Netzfach; 3-seitig umlaufender Reißverschluss; Reißverschlussvorfach; Organizer-Elemente.

B 22 x H 28 x T 2 cm

255303 **14,95 €**



Umhängetasche TRINITY

Einmalig dreifarbig

Ausstattung: Hauptfach mit Organizer-Elementen, gepolstertem Einsteckfach; Reißverschluss-Vortasche; Metallschnallen; seitliches Reißverschlussfach mit Kopfhörerausgang; längenverstellbarer Schultergurt mit Antirutsch-Schulterpolster; Überschlag mit Klettverschluss.

B 30 x H 34 x T 10 cm

255003 **29,95 €**



Weekender TRINITY

Reisen mit 5-Sterne-Komfort

Ausstattung: geräumiges Hauptfach mit Reißverschluss, Reißverschluss-Vortasche; rückseitiges Einsteckfach; Trolley-Befestigung; Handgriffe; abnehmbarer, längenverstellbarer Schultergurt.

B 50 x H 33 x T 10 cm

255203 **41,95 €**

Notebooktasche TRINITY

Eine Klasse für sich

Ausstattung: Hauptfach mit Organizer-Elementen und gepolstertem Notebookfach; Reißverschluss-Vortasche; Metallschnallen; seitliches Reißverschlussfach mit Kopfhörerausgang; längenverstellbarer Schultergurt mit Antirutsch-Schulterpolster; Überschlag mit Klettverschluss.

B 40 x H 34 x T 10 cm

255103 **33,95 €**



Letzter Bestelltermin:

31.03.2013



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165 • osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de